

V. Partei in Bewegung – die Praxis des Protests

1. Das Ende der innerparteilichen Routine

In der Atmosphäre des Nachrüstungsstreits brachen sich Widerspruch und Widerstand Bahn. Ein Grund dafür war, dass der Kalte Krieg viele in der SPD nicht mehr überzeugte. Schon im Laufe des Jahres 1981 war der Dissens zum Prinzip des Parteilebens geworden. Die Sozialdemokraten schalteten in den Krisenmodus, sie kultivierten den Streit, und sie gaben sich keine Mühe mehr, vor der Außenwelt zu verbergen, wie uneinig sie waren. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 und angesichts der mageren Aussichten für einen Verhandlungserfolg in Genf begann die Parteilinke, der Politik von Schmidt immer lauter zu widersprechen und dem Kurs ihrer Führung auch auf den Straßen zu widerstehen. Bald lockerten sich aber die starren Fronten auf. Die SPD-Spitze schwenkte im Sommer 1983 um und anerkannte, dass die Friedensbewegung legitime Vorschläge machte. Sie empfahl ihren Mitgliedern, sich in örtlichen Initiativen zu engagieren, und sie begrüßte es, wenn neue Aktionsweisen in die Partei kamen. Da der Kalte Krieg für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seine Kohäsion verlor, wurden Grenzen nicht nur auf einer epistemologischen und räumlichen Ebene, sondern auch gesellschaftlich durchlässiger. So bewirkte das Schwinden des ideologischen Gegensatzes, dass alte Gewissheiten aufweichen. Selbst in der Abgrenzung nach außen erfüllte das binäre Denken nicht mehr seinen Zweck: Was die Sozialdemokratie eigentlich war, wer dazugehörte, wo ihre inneren und äußeren Grenzen verliefen, rückte in den achtziger Jahren verstärkt in den Raum des politisch Verhandelbaren. Das Engagement von Parteimitgliedern in der außerparlamentarischen Bewegung stellte abstrakte und eindeutige formale Zugehörigkeitskriterien infrage.

In den frühen achtziger Jahren geriet die SPD in schwere Turbulenzen. Eine stetig größer werdende Zahl von Mitgliedern griff auf, was die Friedensforscher an Deutungsangeboten machten. Bald trennte eine tiefe Kluft, was Befürworter und Gegner der Nachrüstung dachten und sprachen, wie sie handelten. Widerspruch und Widerstand kamen nicht nur von der Parteibasis; Kritik gab es schon 1979 bis in die SPD-Fraktion, den Parteivorstand und das Präsidium. Aber in diesen Gremien überwog innerparteiliche Disziplin, die verhinderte, dass die SPD den Doppelbeschluss vor dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 und auch vor Ende der Genfer Verhandlungen ernsthaft infrage stellte. Im Gegensatz dazu waren die unteren Gliederungen der SPD der Ort, an dem nachrüstungskritische Beschlüsse möglich waren – nicht zuletzt, weil der Boden für Gegenexperten dort fruchtbarer und weil die Logik des Allianzbeschlusses in der breiten Mitgliedschaft weniger präsent war als an der Spitze. Alles in allem war die Basis eher bereit, vom Wissen des Kalten Krieges abzurücken. So positionierten sich einzelne Ortsvereine und Unterbezirke bereits 1979 gegen die Atomraketen.¹ Die SPD in Südschwaben meldete Zweifel an, ob der Doppelbeschluss geeignet sei, „den Frieden zu sichern“, und fragte, ob er nicht vielmehr „die Gefahr von weiteren Rüstungswettläufen“ erhöhe. Solche Beschlüsse, Resolutionen und Anträge nahmen ab 1980 signifikant zu, als die internationalen Be-

¹ Exemplarisch NATO-Friedenssicherungspolitik auf dem Prüfstand [Antrag zur Kreiskonferenz der SPD Stuttgart am 10. 2. 1979], 7. 2. 1979, AdSD, 1/HWAA002852.

dingungen für Rüstungskontrolle schlechter wurden.² Sie waren performative Sinnstiftungsakte, denn im Vollzug der Abstimmung in einer Ortsvereins- oder Unterbezirkssitzung sprach sich eine Mehrheit gegen die Raketen oder gleich gegen den Allianzbeschluss aus. Indem die Anwesenden ihre Hände hoben oder Stimmzettel ausfüllten, brachten sie eine gegen die Parteispitze gewendete Aussage hervor.

Man kann den Konflikt in der SPD nicht nur von seinen Ursachen her verstehen, sondern muss auch auf die Dynamik schauen, die er entfaltete. Dies wird deutlicher, wenn man die konkrete Beweisführung der Texte untersucht, die aus einer Reihe von feststehenden und variabel zusammensetzbaren Argumentationsmustern bestanden. In einer Resolution des Ortsvereins Aumühle bei Hamburg, welche die Nachrüstungskritik repräsentativ entfaltete, hieß es im Juli 1981:

„Immer offensichtlicher erweist sich der ‚Nach‘rüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR zur Begrenzung der eurostrategischen Atomwaffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer atomarer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen. Mit der Verweigerung der Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die US-Regierung ist die Aussicht auf erfolgreiche Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Atomwaffen in weite Ferne gerückt. Zugleich entspricht damit die jetzige Lage nicht mehr der, die der Beschluss des Berliner Parteitages der SPD vom Dezember 1979 als Grundlage für den ‚Doppelbeschluss‘ vorsieht. Ein Berufen in der Frage der ‚Nach‘rüstung auf den Berliner Parteitags-Beschluss widerspricht somit der Beschluslage der SPD auf Bundesebene. Das Bestreben der US-Regierung, das Risiko und die Folgen atomarer kriegerischer Auseinandersetzungen auf Westeuropa und besonders auf die Bundesrepublik Deutschland zu konzentrieren, setzt die Bürger Westeuropas und speziell unseres Staates einem untragbaren Risiko aus. Der SPD-Ortsverein Aumühle appelliert daher an alle SPD-Entscheidungsträger – besonders jedoch an die Bundesregierung, [...] die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Atomraketen und Atom-Marschflugkörpern in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuziehen.“³

Die Genossen in Aumühle sagten voraus, dass sich die im Allianzbeschluss ausgedrückte Hoffnung, durch Rüstungskontrolle die Stationierung verhindern zu können, nicht erfüllen werde. Das entscheidende Argument war, dass sich die US-Regierung außenpolitisch neu orientierte, was die Resolution exemplarisch daran festmachte, dass Washington das SALT-II-Abkommen nicht ratifizieren wollte. Damit seien jedoch die Voraussetzungen geändert worden, unter denen die SPD dem Doppelbeschluss zugestimmt habe. Neben dieser formalen Argumentation verwies die Resolution auf die wachsende Kriegsgefahr durch neue Nuklearwaffen in Europa. Dass sich die Ausgangsbedingungen verändert hätten, unter denen die SPD den Doppelbeschluss gebilligt habe, und dass die nukleare Apokalypse drohe, waren die beiden entscheidenden Denkfiguren an der SPD-Basis. Sie konnten einzeln oder in Kombination artikuliert, in abgestufter Ausführlichkeit vorgetragen und variantenreich miteinander verbunden werden. So verlangte ein Wolfsburger Ortsverein im Mai 1981, die Allianzentscheidung zurückzunehmen, wenn die US-Regierung in Genf nicht ernsthaft verhandle.⁴ Auch ein Initiativantrag auf dem Bezirksparteitag Nord-Niedersachsen stellte im gleichen Jahr fest, dass „die 1979 getroffene Zustimmung der SPD zum Nachrüstungsbeschluss hinfällig“ werde, wenn es „aufgrund des Widerstan-

² Zum Beispiel Beschluss des UB-Parteitages Südschwaben am 15. 3. 1980 für Frieden und Abrüstung, undatiert, AdsD, WBA, A11.6, 37.

³ SPD-Ortsverein Aumühle: Resolution [2. 7. 1981], AdsD, 2/PVEH000266B.

⁴ Antrag des SPD-Ortsvereins Wolfsburg-Westhagen zum Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig am 16. 5. 1981, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175.

des von Staaten des Westlichen Bündnisses zu keinen ernsthaften Verhandlungen über den Verzicht auf Mittelstreckenraketen“ komme.⁵ Die SPD-Frauen in Freudenstadt drängten „auf baldige, ernsthafte Abrüstungsgespräche“ und schlugen vor, die Nachrüstung zurückzustellen, bis die US-Regierung den SALT-II-Vertrag ratifiziert habe.⁶ Derartige konditionierte Absagen an die Raketenstationierung waren in der SPD schon vor dem Regierungswechsel 1982 weit verbreitet. Mit ihnen argumentierten SPD-Mitglieder aus der Logik des Doppelbeschlusses heraus gegen dessen Vollzug.⁷

Im Vergleich dazu richtete sich die inhaltlich begründete Kritik gegen die Logik der Entscheidung selbst und gegen das System des Kalten Krieges. Ein Antrag zur Nachrüstungsproblematik, der im nordrhein-westfälischen Ortsverein Hückelhoven 1982 zirkulierte, kehrte den Nachweis ins Prinzipielle: „Wir wehren uns grundsätzlich gegen neue Atomwaffen in Europa.“⁸ Denn die technischen Eigenschaften der Waffen („Punktzielgenauigkeit, kürzere Vorwarnzeiten“) destabilisierten die Sicherheit und erhöhten die Kriegsgefahr. NATO und Warschauer Pakt hätten „seit mehr als 30 Jahren so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden könnte. Das Gebot der Stunde scheint daher nicht weitere Auf-, sondern Abrüstung.“⁹ Die Furcht vor einer nuklearen Eskalation durch den anhaltenden Rüstungswettlauf war kein systemimmanentes Argument. Vielmehr transportierte es Grundsatzkritik an den Prämissen der etablierten Sicherheitspolitik.¹⁰

Wenn ein Ortsverein die Nachrüstung ablehnte und dabei aus dem verbreiteten Reservoir an Argumentationsformen schöpfte, dann wohnte seiner Beschlussfassung häufig etwas Rituelles inne. Politische Rituale zielen darauf ab, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen. So hatten auch die Anträge, Beschlüsse und Resolutionen eine gemeinschaftsstiftende Funktion. Denn sie konstruierten einen Gegensatz zwischen der als Einheit gedachten nachrüstungskritischen Basis und der Parteiführung. Neben ihrer oft stereotypisierten Argumentation erzeugte auch die bloße Niederschrift und Verabschiedung eine Botschaft: Ortsvereine und Unterbezirke brachten ihren Dissens zur Politik der SPD-Führung zur Aufführung; ihre Anträge, Beschlüsse und Resolutionen waren darauf ausgelegt, die Routine des innerparteilichen Konfliktaustrags zu stören. Deshalb ist die Dynamik des Streits wichtig. Wenn ein einzelner Ortsverein oder Unterbezirk gegen die Nachrüstung votierte, fiel das nicht weiter ins Gewicht. Die kritische Masse der SPD-Gliederungen, die ab 1980 Position gegen Schmidt bezogen, ergab jedoch ein Potential, das den sozialdemokratischen Alltag zu stören imstande war. Routiniert verlief der politische Aushandlungsprozess in einer Partei wie der SPD dann, wenn die Basis der Mitglieder den Kurs der Führung stützte, kritisch begleitete und innerhalb der Logik des vorgegebenen

⁵ Initiativantrag zum Parteitag des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen am 16. Mai 1981 in Lamstedt, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175.

⁶ ASF Freudenstadt: [Antrag zur ASF-Landeskonferenz am 28./29. 3. 1981 in Malsch], undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10333.

⁷ Auch Antrag des SPD-Unterbezirks Frankfurt, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175.

⁸ Antrag zur Ortsvereinsversammlung [Hückelhoven] am 6. 3. 1982, undatiert, AdsD, 2/PVEH000265.

⁹ Mit ähnlicher Stoßrichtung Antrag des Bezirksvorstandes an den Parteitag des SPD-Bezirks Rheinland/Hessen-Nassau am 26. 9. 1981 in Wirges, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175.

¹⁰ Das wird auch deutlich in Friedenspolitik. Antrag des SPD-Ortsvereins Murnau zum Landesparteitag der SPD Bayern in Wolfratshausen 1981 [Mai 1981], AdsD, 1/BFAA000731.

nen Kurses modifizierte – aber nicht grundsätzlich infrage stellte. Dann nämlich wurde aus politischer Eindeutigkeit innerparteiliche Ambivalenz, und nichts zog die Autorität und Legitimität der Parteiführung vor den Mitgliedern und vor den Wählern mehr in Zweifel.

Die sozialdemokratische Welt geriet aus den Fugen. Nachrüstungskritische Anträge, Beschlüsse und Resolutionen der SPD-Basis waren theatralische Inszenierungen, die der Parteiführung mitteilten, wie die einfachen Mitglieder über ihre Sicherheits- und Friedenspolitik dachten. Wenn die Jusos in Hessen-Süd in den Fußgängerzonen 1982 eine Mitgliederzeitschrift verteilten und darin ihre Expertise gegen den Doppelbeschluss entfalteten, brachten sie sich nonverbal gegen die Ordnungsmuster der Parteilite in Stellung.¹¹ Nicht anders verhielt es sich mit dem Beschluss der SPD Baden-Württemberg, die auf einem Landesparteitag im Mai 1981 empfahl, die Zustimmung zum Doppelbeschluss zu überprüfen.¹² Beobachter verstanden diese Handlungen als offensichtliches Zeichen, dass der Kurs von Schmidt in dessen Partei nicht mehr mehrheitsfähig war. Selbst der SPD-Zentrale galten sie als innerparteiliche Demonstrationen gegen ihren Kurs.¹³ Natürlich gab es Gliederungen, die den politischen Kurs von Schmidt stützten.¹⁴ Und führende Sozialdemokraten stemmten sich gegen die Beschlüsse der Basis, die den Doppelbeschluss aufkündigen wollten.¹⁵ Aber die Tendenz wies in eine Richtung, die dem Erich-Ollenhauer-Haus nicht gefiel. Dass der „Wille zum Regieren schwindet“, befand die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über die innerparteiliche Diskussionskultur der SPD schon Anfang Mai 1981.¹⁶ Sie bezeichnete die Beschlüsse von Ortsvereinen und Unterbezirken als Ausdruck einer „mit Ignoranz gepaarten Arroganz einer Delegierten-Basis“.¹⁷ Parteien seien der „Weg der Geschichte“, so zitierte sie einen Funktionär, „um große Männer herumzukommen“.

Die Parteiroutine geriet endgültig aus dem Tritt, als der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Erhard Eppler am 10. Oktober 1981 zur großen Friedensdemonstration auf

¹¹ Bezirks-Forum. Informationen der Jusos in Hessen-Süd, Nr. 16, August 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7845; dazu schon zeitgenössisch: Die Partei trifft sich auf zwei Ebenen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. 11. 1983.

¹² Dazu die Reaktionen der Parteispitze in Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 11. Mai 1981, S. 7, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 164; Im Duett: Brandt und Erhard Eppler, in: *Bunte*, 14. 5. 1981.

¹³ Siehe auch die Übersicht über die dem Parteivorstand – Referat Organisation – zugegangenen Entschlüssen (Anträge) aus der Organisation für den Zeitraum 1. 4.–30. 6. 1981, undatiert, AdsD, WBA, A11.3, 46; Übersicht über die dem Parteivorstand – Referat Organisation – zugegangenen Anträge aus der Organisation für den Zeitraum vom 6. 7. bis 3. 8. 1981, undatiert, AdsD, 1/HSAA009805.

¹⁴ So Antrag des Bezirksvorstandes zum Parteitag des SPD-Bezirks Weser-Ems am 5./6. 9. 81, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175; Sicherheitspolitischer Antrag des SPD-UB Fulda zum Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Nord am 8. Mai 1981, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175; Bo Frenkel: Für und gegen des Kanzlers Politik. Widersprüchliches auf SPD-Bezirksparteitagen – „Auf die Westfalen ist Verlaß“, in: *Vorwärts*, 11. 2. 1982, S. 8; Jochen Loreck: Franken: Mehrheit für Doppelbeschluss. SPD-Bezirksparteitag bekräftigt Helmut Schmidts Sicherheitspolitik, in: *Vorwärts*, 21. 1. 1982, S. 10.

¹⁵ Siehe Brandt: Manuskript der Rede auf dem Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 18. 4. 1980 in Maintal-Bischofsheim, undatiert, AdsD, WBA, A11.5, 29; Ehmke: Referat zum Thema „Sicherheitspolitik“ auf dem Außerordentlichen Bezirksparteitag der SPD-Mittelrhein in Leverkusen am 6. 10. 1979, undatiert, AdsD, 1/HEAA000253; Renger: Rede am 7. Mai 1983 anlässlich der Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt Nordwürttemberg in Fellbach, undatiert, AdsD, 1/ARAA000042.

¹⁶ Der Wille zum Regieren schwindet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. 5. 1981.

¹⁷ Immer nur die Delegierten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 3. 1981.

der Hofgartenwiese in Bonn sprach.¹⁸ Eppler, der die Galionsfigur der sozialdemokratischen Nachrüstungsgegner war, hatte bereits auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1979 den sicherheitspolitischen Leitantrag abgelehnt.¹⁹ Innerhalb der SPD-Führung war er dasjenige Mitglied, mit dem sich die kritischen Stimmen an der Parteibasis am ehesten identifizieren konnten. Bereits in der Auseinandersetzung um die Kernenergie in den späten siebziger Jahren hatte er sich in Konfrontation zum Kurs der Bundesregierung begeben. Ab diesem Zeitpunkt war er in der Parteispitze ein Außenseiter. Früh ging sein Widerstand gegen die Kernenergie über in die Kritik an den Atomraketen.²⁰ Zwar war Eppler bei weitem nicht der einzige sozialdemokratische Friedensaktivist, aber sicher der prominenteste. Deshalb wurden auf ihn Wünsche und Hoffnungen projiziert.²¹ Der Karlsruher Verfassungsrichter Helmut Simon bezeichnete gegenüber Brandt „das persönliche Potential von Erhard Eppler“ als „unverzichtbar“ für die Partei.²² Der Vorsitzende selbst wusste um die Bedeutung Epplers für die Fliehkräfte in der SPD.²³ Doch auf Brandt meinte sich Eppler bald nicht mehr verlassen zu können.²⁴ So war sein Auftritt im Bonner Hofgarten der Versuch, den stationierungskritischen Stimmen in der SPD Raum zu geben und einen Gegensatz zum Kanzler und seiner Politik zu markieren.²⁵ Schon zum Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg war Eppler gereist, „um deutlich zu machen, daß er diese Leute nicht allein lasse.“²⁶ Spätestens hier war unverkennbar geworden, dass in seiner Person Sozialdemokratie und Protestantismus zusammenfanden.²⁷ Was für Hamburg gesagt werden kann, gilt auch für Bonn: Sein Auftritt war selbst die Botschaft.²⁸

Als die Veranstalter der Friedensdemonstration Eppler im Sommer 1981 einluden, vor den Demonstranten zu sprechen, zögerte er nicht, dieses Angebot anzunehmen.²⁹ Naturgemäß stieß Epplers Absicht im Kanzleramt auf vehemente Gegenwehr, das auf die Aufrechterhaltung der nach außen hin sichtbaren innerparteilichen Ordnung bedacht war.³⁰

¹⁸ Vgl. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden: Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10. 10. 1981 in Bonn, undatiert, AdsD, 1/EEAC000064; abgedruckt in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26 (1981), S. 1023f.; zu Eppler vgl. Faerber-Husemann: Querdenker; Ch. Simon: Erhard Eppler.

¹⁹ So Eppler an Karl Steier, 19. 12. 1979, AdsD, 1/EEAC000051; auch Eppler an Brauch (hs.), 26. 11. 1979, AdsD, 1/EEAC000042.

²⁰ Vgl. Eppler an Brandt, 11. 12. 1979, AdsD, WBA, A11.3, 42.

²¹ Exemplarisch Ismail K. an Eppler, 9. 2. 1981, S. 1, AdsD, 1/EEAC000059; ferner Henning Scherf an Eppler, 21. 3. 1980, die Antwort 15. 4. 1980, AdsD, 1/EEAC000051; Fritz Sänger an Eppler, 14. 2. 1981, AdsD, 1/EEAC000062; William Borm an Eppler, 1. 4. 1981, AdsD, 1/EEAC000057.

²² Helmut Simon an Brandt, 31. 3. 1980, AdsD, 1/EEAC000051.

²³ Brandt an H. Simon, 18. 4. 1980, AdsD, 1/EEAC000012; auch Brandt an Eppler, 22. 3. 1980, AdsD, WBA, A11.5, 29.

²⁴ Eppler an Albertz (hs.), 6. 1. 1980, AdsD, 1/HAAA000073.

²⁵ Siehe: Unbehagen in Bonn vor der großen „Friedenskundgebung“. Eppler als Redner/Das „geringe Interesse“ der Amerikaner an einer Abrüstung/Schmidts Warnungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. 9. 1981.

²⁶ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 22. 6. 1981, S. 4, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 169.

²⁷ Vgl. apologetisch Faerber-Husemann: Querdenker, S. 206; S. Richter: Protagonisten, S. 189f.

²⁸ Vgl. auch Patricia Clough: Schmidt party hails peace rally, in: *The Times*, 12. 10. 1981.

²⁹ Deile an Eppler, 5. 8. 1981, AdsD, 1/EEAC000064; Rufus Flüge an Eppler, 27. 7. 1981, die Antwort vom 30. 7. 1981, ebenda.

³⁰ Lahnstein an Schmidt: Demonstration 10. 10. 1981; hier: Teilnahme von SPD-MdB's, 30. 9. 1981, S. 1, AdsD, 1/HSAA008001.

Bereits zwei Wochen zuvor hatte Schmidt einen persönlichen Brief an Brandt geschickt, in dem er die Friedensdemonstration eine „anti-amerikanische Aufputschung“ genannt und dringend von einer Teilnahme Eplers abgeraten hatte.³¹ Schmidt antizipierte gewaltsame Ausschreitungen im Anschluss an die Demonstration und warnte davor, dass SPD-Mitglieder darin verwickelt würden. Mit Gewalt war die innerparteiliche Routine am sichtbarsten gestört. Wer Gewalt anwandte oder mit ihr in Verbindung stand, verließ nach dem Dafürhalten der Parteispitze den kollektiv akzeptierten Diskursraum. Nun gab es selbst in den Reihen der Jusos kaum jemanden von Rang und Namen, der Gewalt für ein legitimes politisches Ausdrucksmittel hielt.³² Beim SPD-Vorsitzenden hatte der Kanzler mit seinem Brief jedenfalls keinen Erfolg.³³ Während Brandt betonte, dass er den SPD-Mitgliedern ihr Demonstrationsrecht nicht nehmen könne, sprach Schmidt „die Befürchtung aus, daß der Handlungsspielraum der Regierung durch Demonstrationen dieser Art eingeschränkt“ werde.³⁴ Eppler, der dem Kanzler entgegenhielt, sein „Auftreten auf der Veranstaltung werde in der Geschichte der Partei gut bestehen können“,³⁵ blieb bei seiner Absicht und trat am 10. Oktober 1981 vor etwa 300 000 Demonstranten auf.³⁶ Das Großereignis, das unter dem Motto „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“ stand, begann mit fünf Auftaktkundgebungen an der Bonner Nordbrücke, in Beuel, auf der Josefshöhe, am Schlachthof und am Südfriedhof mit anschließenden Sternmärschen zum Hofgarten.³⁷ An jenem denkwürdigen Samstag war Eppler der achte Redner, der auf einer improvisierten Bühne mit Zeltdach sprach. Andere prominente Redner waren Alfred Mechtersheimer, Robert Jungk, Petra Kelly, Gert Bastian und Uta Ranke-Heinemann. Die Hauptrede hielt Heinrich Böll.³⁸

Epplers Auftritt im Hofgarten war symbolträchtig. Was seine inhaltliche Aussage betraf, war die Differenz zur Politik von Schmidt offensichtlich. Doch auch sein Erscheinungsbild und sein Sprachduktus generierten eine ganz eigene Aussage, die Epplers politische Botschaft stützte und nonverbal weiterspann.³⁹ Bereits habituell unterschied sich Eppler deutlich vom Bundeskanzler. An jenem Tag im Hofgarten trug er den für ihn typischen grauen Rollkragenpullover und ein dunkles Jackett. Seitdem er 1974 aus dem Bundeska-

³¹ Schmidt an Brandt, 16. 9. 1981, AdsD, 1/EEAC000115. Eppler erhielt eine Kopie des Briefes, in der er die Wörter „anti-amerikanische Aufputschung“ unterstrich, ebenda.

³² Vgl. Rudolf Hartung an die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bundesausschusses der Jungsozialisten: Demonstration am 10. 10. von Aktion Sühnezeichen/Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7790.

³³ Brandt an Schmidt, 21. 9. 1981, AdsD, WBA, A11.3, 46.

³⁴ Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 6. 10. 1981 zur Bonner Friedensdemonstration, 5. 10. 1981, S. 1, AdsD, 1/HSAA010724.

³⁵ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 28. 9. 1981, S. 4, AdsD, 1/HSAA006324.

³⁶ Eppler: „Wir wollen diese Kette zerschlagen“. Rede auf der Friedensdemonstration am 10. 10. 1981 in Bonn, in: SPD-Pressedienst, 12. 10. 1981, S. 6–8; mit inhaltlichen und organisatorischen Instruktionen für die Rede: Deile an Eppler, 25. 9. 1981, AdsD, 1/EEAC000064; Gerhard Hirschfeld: Von der Friedensbewegung zur Politik. Eppler will konstruktive alternative Friedenspolitik, in: *Vorwärts*, 15. 10. 1981, S. 1.

³⁷ Vgl. John Vinocur: 250,000 at Bonn Rally Assail U.S. Arms Policy, in: *New York Times*, 11. 10. 1981; Hefty: Auf Wiedersehen in Brokdorf oder sonstwo. Beobachtungen am Rande der Demonstration, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 10. 1981.

³⁸ Bastian, Böll, Eppler und Kelly waren die „bundesweite RednerInnenprominenz“ der Friedensbewegung, Balistier: Straßenprotest, S. 36.

³⁹ Anregend zur theoretischen Einordnung vgl. Fahlenbrach: Protestinszenierungen, S. 43–84, prägnant auch S. 20f.

binett ausgeschieden war, hatte man ihn in der Öffentlichkeit kaum noch in Anzug mit Krawatte gesehen. Vielmehr entsprach sein Kleidungsstil dem eines Oberstudienrats, der er vor seiner politischen Karriere gewesen war. Während SPD-Spitzenpolitiker wie Schmidt und Brandt sich als Angehörige des politischen „Establishments“ auswiesen, brachte Eppler durch sein bildungsbürgerliches Kleiderreservoir Abstand zur SPD-Spitze und politisches Pariatum zum Ausdruck. Auch seine schwer zähmbaren Haare, die er nicht wie Schmidt zu einem strengen Scheitel kämmte, bildeten seine politische Einstellung ab. Die fliehende Stirn und die große Hornbrille rundeten das Bild intellektueller Nachdenklichkeit ab, das Eppler gerne von sich zeichnete. Was seine „Körpersprache und nonverbale[n] Interaktionsroutinen“⁴⁰ anging, entsprach er den Anforderungen des Protestmilieus, während sich Schmidt als international angesehener Staatsmann gab.

Dieser Gegensatz blieb selbst auf der rhetorischen Ebene virulent. Schmidts norddeutscher Sprachduktus, der auf seine Zuhörer eloquent und souverän wirkte, stand in krassem Gegensatz zu Epplers melodischem württembergischem Akzent mit seinen weichen Betonungen. Eppler gab sich keine Mühe, hanseatische Weltläufigkeit zu simulieren. Er wollte als Mann von der Basis wahrgenommen werden, der die Sprache der Demonstranten sprach, ihre Ängste wahrnahm und im Kreis der Mächtigen zu Gehör brachte. Epplers Inszenierung entsprach genau diesem Anliegen. Wenn er vor großem Publikum auftrat, neigte er dazu, in den Ton eines Predigers zu verfallen. Er sammelte Legitimität, indem er seine Bodenhaftung, Basisnähe und Authentizität herausstellte. So bediente er anti-elitistische Deutungsmuster. Eppler gab sich als politischer *Underdog* und trat mit dieser Strategie gegen den Kanzler an. Dass Eppler den Großteil seiner Briefe persönlich per Hand schrieb, mag zuvorderst einer nur rudimentären Mitarbeiter- und Büroausstattung als Landtagsabgeordneter von Baden-Württemberg geschuldet gewesen sein. Sie fügte sich aber nahtlos ein in das Bild eines Politikers, der sich selbst als Vertreter des nachrüstungskritischen Protestmilieus sah, seine Basisnähe sehr bewusst hervorhob und dadurch den Anforderungen eben dieses Bewegungsspektrums entsprach. Eppler positionierte sich im Hofgarten nicht nur so, dass er als Gegenspieler des Kanzlers erschien. Er führte diese Differenz auch nonverbal auf. Das persönliche Verhältnis der beiden Sozialdemokraten jedenfalls galt als zerrüttet.⁴¹ Sie unterschieden sich nicht nur in ihrem politischen Stil, in ihrer Sprache und ihrem Habitus. Sie unternahmen auch beide kaum Anstrengungen, die Gegensätze zu überbrücken.⁴² Beide verkapselten sich in ihren Welten und hielten nur noch das für gültig, was ihren Denkrastern entsprach.

Entgegen mancher Befürchtung verlief die Demonstration am 10. Oktober 1981 gewaltfrei. Das registrierte der SPD-Vorstand mit großer Erleichterung.⁴³ Nun hieß es auch, die Partei dürfe „die Verbindung zu jenen Kräften in der Friedensbewegung, die ihr im Grundsatz nahestehen, nicht verlieren“.⁴⁴ Hans-Jochen Vogel lobte die „Brückenfunktion, die Erhard Eppler zu Teilen der jungen Generation einnehme“.⁴⁵ Horst Ehmke sagte

⁴⁰ Ebenda, S. 66.

⁴¹ So Eppler an Harry P. (hs.), 4. 10. 1980, AdsD, 1/EEAC000055; Vogel an Eppler, 25. 11. 1980, AdsD, WBA, A11.3, 45.

⁴² Siehe jedoch Schmidt an Eppler, 5. 10. 1979, AdsD, 1/EEAC000051.

⁴³ Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 15. 10. 1981, S. 11, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 364.

⁴⁴ Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 15. 10. 1981, S. 14, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 364.

⁴⁵ Ebenda.

dem „Vorwärts“, er „habe die Friedensbewegung nie als unseren Gegner, sondern als einen wichtigen Diskussionspartner angesehen“. ⁴⁶ In der Tat wandelte sich das Verhältnis der SPD zur Friedensbewegung nach dem 10. Oktober 1981 langsam aber stetig. ⁴⁷ Darauf deutete auch hin, dass eine beachtliche Anzahl von SPD-Gliederungen – allen voran die SPD-Frauenorganisation und die Jusos – zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen ⁴⁸ und namhafte SPD-Abgeordnete die Demonstration „als sichtbares Zeichen für den Friedenswillen in unserem Volk“ begrüßt hatten. ⁴⁹ Wer im Hofgarten anwesend war und Parteifahnen schwenkte, wollte dies als Angriff auf die Ruhe der Partei verstanden wissen. ⁵⁰ Durch ihre physische Präsenz in Bonn teilten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen der SPD-Führung mit, dass sie mit den Prämissen und antizipierten Folgen ihrer Politik nicht länger übereinstimmten. ⁵¹ Immer häufiger zerbrach, was das Erich-Ollenhauer-Haus für richtig hielt, an dem, was die Basis dachte.

Als die so bezeichneten „Alternativbewegungen“ aufkamen, rang die SPD um „die geistige Identität der Partei“, ⁵² sie musste ihr Selbstbild im Spannungsfeld von gegensätzlichen lebensweltlichen Erfahrungsräumen und Zukunftsvorstellungen neubestimmen. Es ist weithin bekannt, dass sich Brandt – im Gegensatz etwa zu Schmidt – um die Integration der neuen sozialen Bewegungen in die SPD bemühte. ⁵³ Schmidt und Brandt zerstritten sich über dem Auftritt Eplers im Hofgarten, was symptomatisch dafür war, wie unterschiedlich sie die Bewegung einschätzten. Andererseits: In den lokalen Lebensräumen waren Sozialdemokratie und Friedensbewegung häufig eins. Schon im Oktober 1981 war es kaum mehr möglich, die SPD als Gesamtpartei analytisch klar von der Friedensbewegung zu trennen – zu groß waren die personellen Überschneidungen, zu ähnlich waren die Ziele. In einem Brief schrieb der Vorstand des Unterbezirks Wiesbaden, dass die Rede Eplers vor der Friedensdemonstration für die Partei sehr wichtig gewesen sei:

„Dialog heißt für uns, von der Friedensbewegung zu lernen. Wir sehen auch keinen Gegensatz von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Friedenswillen und Friedenspolitik haben in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition. Wir bitten den Bundesvorstand der Partei dringend, die Friedensbewegung nicht von der Arbeiterbewegung zu trennen[,] sondern alles zu tun, um beide zueinanderzuführen.“ ⁵⁴

⁴⁶ Japs: Führt ihr Weg in die SPD? Interview mit Horst Ehmke über die Friedensdemonstration in Bonn, in: *Vorwärts*, 15. 10. 1981, S. 2.

⁴⁷ Vgl. dazu den im Erich-Ollenhauer-Haus verblüfft zur Kenntnis genommenen Anstieg sicherheits- und friedenspolitischer Eingaben, in denen Mitglieder forderten, dass SPD und Friedensbewegung zusammengehen sollten: Posteingänge in der Briefbeantwortungsstelle der Fraktion im Monat Oktober 1981 – Inhaltsübersicht nach zwei Schwerpunktthemen, 2. 11. 1981, AdSD, 1/HWAA002940.

⁴⁸ Vgl. Inge Wettig-Danielmeier an die Bezirksvorsitzenden der ASF, 23. 9. 1981, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9389; Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongress, 26.–28. 6. 1981, Lahnstein, Resolution: Aufruf zur Friedensdemonstration am 10. 10. 1981 in Bonn „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen. Für Abrüstung und Entspannung in Europa“ [1981], AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 5959.

⁴⁹ Erklärung von SPD-Bundestagsabgeordneten zur Friedensdemonstration am 10. 10. 1981 in Bonn, undatiert, AdSD, 1/HSAA006562.

⁵⁰ So Wolfgang Howald an Brandt, 27. 9. 1981, AdSD, 2/PVEH000250.

⁵¹ Aus dieser Perspektive galt es zu verhindern, dass „führende Genossinnen und Genossen versuchen, unsere Partei in eine Kaderpartei umzufunktionieren, in der nur noch das Wort der Regierenden gilt“. Matthias Weisheit an Epler, 5. 10. 1981, S. 1, AdSD, 1/EEAC000063.

⁵² So Brandt: Sozialdemokratische Identität, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 1065–1069, hier S. 1065; Faulenbach: Jahrzehnt, S. 609–615.

⁵³ Vgl. dazu Merseburger: Willy Brandt, S. 788–796.

⁵⁴ Vorstand des SPD-Unterbezirks Wiesbaden an Glotz, 21. 10. 1981, S. 2, AdSD, WBA, A11.6, 41.

Dass die SPD sich als Gesamtpartei der Friedensbewegung anschließen möge, war als Idee an der Basis schon vor dem Regierungswechsel im Herbst 1982 weitverbreitet. Und in zahlreichen Parteigliederungen war der Zusammenschluss längst Praxis. Ortsvereine, Jusos und ASF-Gruppen arbeiteten in lokalen Initiativen mit.⁵⁵ Vor allem stellten sie der Friedensbewegung ihr organisatorisches *Know-how* zur Verfügung. Denn Mitglieder der SPD wussten, wie Flugblätter geschrieben, gedruckt und verbreitet werden mussten, wie man Diskussionsveranstaltungen organisierte oder eine Friedensdemonstration auf die Beine stellte. Diese Organisationskenntnisse flossen gerade in den ersten Jahren des Nachrüstungsstreits von der SPD-Basis in die außerparlamentarische Bewegung.⁵⁶

Ein Transfer in umgekehrter Richtung war es, als der Parteivorstand Wolfgang Biermann 1981 als Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle anstellte. Biermann war seit 1977 in der Berliner Szene aktiv. Er arbeitete bei den Jusos mit und baute die „Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ auf, jenen Ableger also, der in Nachahmung von Voigts IFLAS auf Landesebene gegründet wurde.⁵⁷ Er initiierte im Mai 1980 einen offenen Brief an die Bundesregierung, in dem er mehr rüstungskontrollpolitische Anstrengungen verlangte, um die Raketenstationierung überflüssig zu machen.⁵⁸ Der Brief, der einen gemäßigten Ton anschlug und innerhalb von wenigen Wochen von rund 6000 Berlinern unterschrieben wurde, machte Biermann schlagartig bekannt.⁵⁹ Vor allem aber publizierte er 1981 in „Die Neue Gesellschaft“ einen Artikel, der sich ebenso fundiert wie kritisch mit der Nachrüstung auseinandersetzte und in der SPD-Zentrale aufmerksam registriert wurde.⁶⁰ Als Biermann am 8. Mai 1981 öffentlich als Mitorganisator einer in der SPD umstrittenen Friedensdemonstration mit 50 000 Teilnehmern auftrat, hatte er sich endgültig als sozialdemokratischer Friedensaktivist einen Namen gemacht.⁶¹ So war der Boden bereitet für die Störung der innerparteilichen Ordnung, als welche Biermanns Einstellung von vielen SPD-Funktionären empfunden wurde.⁶²

⁵⁵ Anstatt vieler Einzelbeispiele verweise ich auf die „Reinickendorfer Friedensinitiative“, in der die lokale SPD eine tragende Rolle spielte. Abrüstung in Ost u. West. Im steten Einsatz für den Frieden – die Reinickendorfer Friedensinitiative, in: *Die Kleine Zeitung*, 1/1983, S. 7.

⁵⁶ Siehe exemplarisch Friedensinitiative Münster an die Redaktion der Westfälischen Nachrichten: Offener Brief, undatiert, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 33; auch Schmitt: Friedensbewegung, S. 160.

⁵⁷ Biermann an die Berliner Abteilungsvorsitzenden und stellvertretenden Abteilungsvorsitzenden, 15. 6. 1980, BStU, MfS, BV Berlin XV, 156, Teil 1/2, Bl. 103f.; Biermann: Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, H 130.

⁵⁸ Biermann an Schmidt: [Offener Brief von rund 6000 Berlinern an die Bundesregierung], 26. 6. 1980, S. 1, AdsD, 1/HWAA001907.

⁵⁹ Auch mit der Organisation einer Reihe von gut besuchten Veranstaltungen erregte er Aufmerksamkeit, so beispielsweise mit einer Diskussion über den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Welthunger am 4. Mai 1981 in der Hasenheide, die Redner wie Anton-Andreas Guha, Gert Bastian, Klaus Staack, William Borm und Rainer Thiem versammelte. Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: Thema: SICHERHEIT. Der nächste Weltkrieg ist mit Sicherheit der letzte [Veranstaltungsflyer, 4. 5. 1981], AdsD, Vorlass Voigt, 243.

⁶⁰ Biermann: Nachrüstung.

⁶¹ So Biermann rückblickend an Beate P., 11. 8. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11181.

⁶² Vgl. „Wer ist denn eigentlich naiv oder gutgläubig?“ Personalpolitik in der SPD-Baracke brüskiert den Kanzler, in: *Bonner Rundschau*, 9. 10. 1981; dazu Biermann, Kurze Stellungnahme zum Artikel in der „Bonner Rundschau“ vom 9. 10. 1981, in: AdsD, 1/HSAA009872.

Tatsächlich wollte Bundesgeschäftsführer Glotz eine personelle Brücke zur außerparlamentarischen Bewegung schlagen, indem er Biermann einstellte.⁶³ Doch auch aus eigenem Antrieb trat Biermann in den Dienst der SPD, um die Partei mit der Friedensbewegung zu versöhnen.⁶⁴ Erstens war Biermann derjenige, der als Vertreter des Erich-Ollenhauer-Hauses in den Jahren ab 1981 zu Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Gremiensitzungen der Protestbewegung ging und so die physische Präsenz der SPD-Führung in der Bewegung und ihrem Koordinationsausschuss sicherstellte.⁶⁵ Zweitens transferierte Biermann Wissensbestände aus der Friedensbewegung in die SPD-Parteizentrale. Regelmäßig referierte er gegenüber Glotz und Brandt die Kritik und skizzierte neue Verteidigungsmodelle.⁶⁶ Drittens versorgte er die Spitze der Sozialdemokratie mit Informationen aus der Friedensbewegung.⁶⁷ Denn er wusste über ihre Planungen Bescheid und verfügte über die notwendigen Kenntnisse, um Diskussionsprozesse oder Beschlüsse fachkundig deuten zu können.⁶⁸ Die außergewöhnlich große Menge an Papieren, an Vermerken, Aufzeichnungen, Korrespondenz und Notizen, die Biermanns Arbeit hinterlassen hat, verweist auf die Art und Weise, wie Biermann sich als Experte auswies und so seinen Standpunkt rechtfertigte.⁶⁹ Gleichzeitig half ihm sein Arbeitsplatz, in der Bewegung Prestige zu gewinnen. Er war nicht nur der Verbindungsmann der SPD zur Friedensbewegung, sondern selbst ein organisatorischer Stützpfiler des außerparlamentarischen Protests.⁷⁰

Biermanns Berichte an Bundesgeschäftsführer Glotz und andere Präsidiumsmitglieder durchzog ein großes Narrativ: Er unterstrich, dass Gruppen der Friedensbewegung immer deutlicher zur SPD tendierten. So beobachtete er im August 1982, dass Gert Bastian neuerdings auf Angriffe auf die SPD verzichte.⁷¹ Die Position der „Generale für Frieden und Abrüstung“ würde sich „im Prinzip sozialdemokratischen Vorstellungen der Friedens-

⁶³ Vgl. Glotz an die Mitglieder des Präsidiums, 9. 10. 1981, S. 1; ähnlich Stobbe an Brandt, 20. 10. 1981, AdsD, WBA, A11. 2, 123.

⁶⁴ Vgl. Aufgabengebiete im Sekretariat Friedens- und Sicherheitspolitik Wolfgang Biermann, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 1.

⁶⁵ Zur Mitarbeit Biermanns im Koordinationsausschuss siehe die Sammlungen in AdsD, Bestand IFIAS, 79–82.

⁶⁶ Exemplarisch Biermann an Vogel: Denkansätze zur deutschen Strategie gegenüber den Verhandlungspartnern in Genf (INF), 6. 12. 1982, AdsD, WBA, A11.4, 109; Biermann an Brandt: Stüchwort: Weißbuch [6. 11. 1983], AdsD, WBA, A11.4, 110.

⁶⁷ Exemplarisch Biermann an Glotz: Planungen der Friedensbewegung zum Herbst 1983, 16. 3. 1983, AdsD, WBA, A11.4, 110.

⁶⁸ Exemplarisch Biermann an Glotz: Sitzung und Beschluß des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung vom 14. 12. 1984, 17. 12. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, 2/PVEH000477; Biermann an Glotz: Einschätzung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. 11. 1983, 7. 11. 1983, AdsD, WBA, A11.4, 110.

⁶⁹ Siehe auch exemplarisch aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen Biermann: Genfer INF-Verhandlungen und Friedensbewegung, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 854–858; Biermann/Egert: Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr, Stellenwert der „Nachrüstung“ und Aufgaben der Friedensbewegung, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 5 (1982), H. 14, S. 49–56.

⁷⁰ So reiste er 1984 als Angehöriger einer Delegation von wichtigen Akteuren der Friedensbewegung nach Moskau, der noch Andreas Buro, Jochen Dietrich, Volksmar Deile, Manfred Kühle und Josef Leinen angehörten. Biermann an Bahr: Moskau-Delegation der Friedensbewegung, 13. 4. 1984, S. 4, AdsD, WBA, A11.13, 82.

⁷¹ Biermann an Glotz: Differenzierungsprozeß in der Friedensbewegung/Beispiel Gert Bastian, 18. 8. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174; dazu Bastian an Biermann, 9. 8. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11168.

sicherung annähern“.⁷² Auch eine Veranstaltung der Krefelder Initiative, in der sich viele Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner institutionell vernetzten, habe sich 1981 „gewollt oder ungewollt auf die von der SPD und insbesondere von Egon Bahr formulierten Gleichgewichtsargumente eingelassen“.⁷³ Im Frühjahr 1982 unterrichtete er Willy Brandt, dass die christlichen Gruppen in der Friedensbewegung „die SPD als potentiellen Bündnispartner“ ansehen würden.⁷⁴ Biermann, der in den häufig widersprüchlichen Diskussionen der Bewegung einen dominierenden Strang ausmachte, welcher der SPD politisch in die Hände spielte, wenn sie sich nur auf ihn einließ, verwendete dieses Argument geschickt, um eine in seinen Augen unvermeidliche Entwicklung zu beschleunigen.

Zum wichtigsten Instrument seines Anliegen entwickelte Biermann aber die Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS). Die IFIAS, die 1978 von Karsten Voigt gegründet worden war, hielt in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens eine Reihe von teilweise hochkarätig besetzten Veranstaltungen ab, gab Informationsmaterial heraus und gründete Ableger in Berlin, Bremen und Hessen.⁷⁵ Sie verlor aber paradoxerweise in dem Moment ihren Schwung, als die Nachrüstungskontroverse voll entbrannte. Voigt sagte retrospektiv, es habe „keine ausreichende Motivation innerhalb der Partei, auch innerhalb der Parteilinken“ gegeben.⁷⁶ In einer Analyse, die Biermann im Mai 1981 anfertigte, beklagte er massive Versäumnisse. Die IFIAS sei „zwar durch mehrere interessante Veranstaltungen für ein auserwähltes Publikum“ hervorgetreten, „war aber – so würde ich behaupten – nicht in der Lage, ernstzunehmendes Potential vom Friedens- ‚Bündnis‘-spektrum der DKP abzuziehen“.⁷⁷ Dass die IFIAS „im außerparteilichen und außerparlamentarischen Bereich“ nur mangelhaft verankert sei, hatte für ihn zwei Ursachen: Erstens sei sie zu abhängig von der SPD gewesen. Zweitens habe es ihr an einem „organisatorischen Apparat“ gefehlt. Biermann schlug dem SPD-Vorstand vor, die IFIAS wiederzubeleben.⁷⁸ Konfliktstoff barg eine konzeptionelle Grundentscheidung: Sollte die IFIAS, die beschränkten „Bewegungsspielraum“ hatte, diese Restriktionen abstreifen? Biermann empfahl eine Initiative „mit stärker rüstungskritischem Ansatz“. Die ungeklärte Frage sei dann, inwieweit sie „Dissidenten“ innerhalb und außerhalb der SPD binden könne: „*Konkret*: Um Bastian oder freischwebende Sozialdemokraten [...] aus dem engeren Grün- oder DKP-Bündnis herauszuholen, muß die Initiative *eigene kritische, wenn auch solidarische Akzente* setzen können.“ Das bedeutete nichts anderes, als dass sie einen Standpunkt beziehen können musste, der sich gegen die Nachrüstung richtete. Dies war, wie Biermann einräumte, „*konfliktträchtig*“. Aber Vertreter der SPD würden in der Friedensbe-

⁷² Biermann an Glotz/Brandt: Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet für die 2. UN-Sondertagung für Abrüstung, 9. 6. 1982, S. 1f., AdsD, WBA, A11.4, 109, das Memorandum befindet sich im Anhang.

⁷³ Biermann an Glotz: Vermerk zum Zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21. Nov. 1981 in Dortmund, 23. 11. 1981, AdsD, WBA, A11.4, 108.

⁷⁴ Biermann an Brandt: Entwicklungen innerhalb der Friedensbewegung, 2. 2. 1982, AdsD, WBA, A11.4, 108.

⁷⁵ Vgl. Kapitel III.2. „Von Schnellkursen und Arbeitskreisen: Neue Wissensbestände an der Parteibasis“.

⁷⁶ Zit. nach Biermann an Bahr: Beiliegende Entwürfe in Sachen Initiative für Frieden/Deine Fragen, 28. 10. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11182.

⁷⁷ Biermann: Kritische Anmerkungen zum Verhältnis SPD-Friedensbewegung, 11. 5. 1981, S. 5, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174.

⁷⁸ Biermann an Glotz: Aktivierung der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, 3. 10. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11237. Auch die folgenden Zitate aus diesem Vermerk. Alle Hervorhebungen im Original (unterstrichen).

wegung nur dann akzeptiert, „wenn sie den glaubhaften Eindruck vermitteln, sie stünden in Opposition zur ‚etablierten Politik‘“. ⁷⁹ Die Frage rührte an den Kern dessen, was die politische Routine in der SPD ausmachte.

Im Frühsommer 1982 wurde Biermann parallel zu seiner Referententätigkeit als IFIAS-Geschäftsführer eingesetzt. ⁸⁰ Zunächst veröffentlichte er in dieser Funktion lediglich einen Dokumentationsdienst „Frieden und Abrüstung“. ⁸¹ Im September 1982 gestattete ihm die SPD-Spitze aber, mit der IFIAS „über Parteibeschlüsse hinausgehende Forderungen“ zu vertreten ⁸² – just in jenem Monat also, als die sozial-liberale Koalition zerbrach. Das war ein wichtiger Einschnitt. Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD konnten nun mit Rückendeckung der Parteispitze an Aktionen der Friedensbewegung teilnehmen. Zwar sollte es noch bis zum Juni 1983 dauern, bis die SPD als Gesamtpartei den Schulterschluss mit den Protestierenden suchte. Doch bereits im Herbst 1982 duldete die SPD-Führung eine Vorfeldorganisation, welche die Nachrüstung ablehnte, bevor die Verhandlungen beendet waren. Politische Dissidenz war von nun an legitimiert, und die innerparteiliche Routine zerstört. Die Kernaussage der IFIAS-Plattform lautete folgerichtig: „Angesichts der generellen atomaren Überraschung in Ost und West stellen wir fest: es darf keine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen geben, um den Teufelskreis des Wettrüstens endlich zu durchbrechen.“ ⁸³ Damit befand sich die IFIAS tatsächlich kaum mehr in Einklang mit der Beschlusslage der SPD, die das Ende der Genfer Gespräche abwarten wollte. Während die Initiative zu Zeiten von Voigt darauf hinarbeitete, der Parteibasis alternatives Wissen bereitzustellen, wurde sie unter Biermann ein Teil der Friedensbewegung. Auch wenn die IFIAS darauf bedacht war, dass man sie als politisch unabhängig von der SPD wahrnahm, ⁸⁴ blieb das Erich-Ollenhauer-Haus elementar für ihre Arbeitsfähigkeit. Wie eng IFIAS und Parteizentrale kooperierten, zeigte sich daran, dass der Aufkleber der Initiative, der ein senkrecht abgebildetes Maschinengewehr zeigte, das oben durch eine rote Nelke verschlossen wurde, wie andere Materialien ausschließlich im Referat Produktion und Vertrieb des Ollenhauer-Hauses bestellt werden konnte. ⁸⁵ Trotz oder gerade weil sie von der SPD infrastrukturell unterstützt wurde, beschleunigte die IFIAS, dass sich immer mehr Gegner der Atomraketen in der SPD in der außerparlamentarischen Bewegung engagierten. Sie arbeitete aktiv im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung mit, ⁸⁶ wie dies aus dem sozialdemokrati-

⁷⁹ Biermann: Vorbemerkung zum beiliegenden Vorschlag zur Strategie und Taktik sowie Struktur der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), 3. 9. 1982, S. 1, AdsD, WBA, A11.4, 109.

⁸⁰ Vgl. Glotz an die SPD-Bezirke und Unterbezirke [Entwurf], 5. 7. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10927.

⁸¹ Exemplarisch: Frieden und Abrüstung. Informationen und Dokumente aus der internationalen Friedensdiskussion, Nr. 4, Februar 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

⁸² Ergebnisprotokoll der Sitzung des Kuratoriums der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), am 11. 9. 1982, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11237.

⁸³ Ergebnisprotokoll der Sitzung des Kuratoriums am 11. 9. 1982.

⁸⁴ Siehe Stichworte zum Thema Struktur der Initiative (idealtypisches Netzwerk der Initiative unter Nutzung der Parteistrukturen), undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11237.

⁸⁵ „Den Frieden wählen. Die kalten Krieger stoppen. Initiative für den Frieden“ [s/w-Aufkleber], undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 270.

⁸⁶ Vgl. Breyman: Movements, S. 71; Holmes Cooper: Paradoxes; Wirsching: Abschied, S. 87; grundsätzlich zum Koordinationsausschuss vgl. Becker-Schaum: Organisation.

sehen Umfeld auch die Jusos, die ASF, die SDJ/Die Falken und die Gustav-Heinemann-Initiative (GHI) taten.⁸⁷

Dass die SPD-Spitze im September 1982 ihre Vorbehalte aufgab, wenn sich Parteimitglieder über die IFIAS in die Friedensbewegung einbringen wollten, und sie gleichzeitig organisatorisch unterstützte, war das Eingeständnis, dass die Routine des innerparteilichen Konfliktsaustrags nicht mehr so funktionierte, wie sie es wünschte. Hatte die Partebasis seit 1979 signalisiert, dass sie vielerorts einen anderen Kurs präferierte, war es dem Vorstand noch eine Zeitlang gelungen, solche Beschlüsse und Resolutionen abzuwehren. Bereits im Laufe des Jahres 1981 konnte das Ollenhauer-Haus nicht mehr verbergen, dass es nachrüstungskritische Anträge von der Basis als Manifestationen gegen den Kurs der SPD-Spitze verstand. Und wenn sich immer mehr Mitglieder in jener Bewegung engagierten, die das Gegenteil zu dem verlangte, was Schmidt für richtig hielt, dann konnte kaum noch geleugnet werden, dass die Welt der Sozialdemokraten aus dem Lot geraten und die Parteiordnung zerstört war. So wie die Zahl der Nachrüstungsgegner an der Basis immer größer wurde, machte sich die SPD auf den Weg zum Nein des Kölner Parteitages im Spätherbst 1983. Dorthin unterwegs fand sie eine Verbündete im Geiste, die ihr half, die Kritik an ihren Wandlungen zu entkräften: nämlich die US-amerikanische Friedensbewegung.

2. SPD-Nachrüstungskritiker vernetzen sich mit US-Friedensaktivisten

Der Protest gegen die Atomraketen musste nicht zwangsläufig die innerparteiliche Routine beeinträchtigen – zumindest dann nicht, wenn er von außerhalb der Bundesrepublik kam. Im Gegensatz zur westdeutschen Friedensbewegung war die Nuclear Weapons Freeze Campaign (NWFC) in den Vereinigten Staaten für SPD-Mitglieder aller politischen Richtungen keine Herausforderung. Im Gegenteil: Sie war ein Legitimationsreservoir. Und mehr als das: Nachdem Schmidt bis zum Herbst 1982 seinen Machtanspruch diskursiv und performativ konsolidiert hatte und schließlich damit gescheitert war, entwickelte sich die NWFC für Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen in der SPD spätestens im Jahr 1983 zu einem Projektionsraum, den sie mit verschiedenen Erwartungen füllten. So kommunizierten Nachrüstungsgegner in der SPD ihren Dissens zur offiziellen Sicherheitspolitik ab 1982 nicht nur, indem sie ihn durch Anträge, Beschlüsse und Resolutionen oder Aktionen mit der Friedensbewegung vorbrachten, sondern auch durch Kontakte mit Aktivistinnen und Aktivisten der NWFC. Scheiterten die Nachrüstungsgegner mit ihrem Versuch, die US-Regierung zu beeinflussen, gelang es ihnen, funktionierende Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen Oppositionsbewegungen aufzubauen. In diesen Netzwerken inszenierten sie ihren Widerspruch.

Die NWFC war ein Teil der in sich widersprüchlichen US-Friedensbewegung.⁸⁸ Im Vergleich zu den zahlreichen Splittergruppen entfaltete sie die größte Wirkungskraft, denn

⁸⁷ Da die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ebenfalls unter dem Kürzel ASF auftrat, bezeichnete sich die SPD-Frauenorganisation in der Friedensbewegung als „ASF – Frauen in der SPD“. Im Übrigen nahm sie an den Sitzungen des Koordinationsausschusses nur mit einem Beobachterstatus teil. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Rundbrief zu den Friedensaktionen im Herbst 1983, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

⁸⁸ Vgl. dazu Harvey: Challenge; Nehring: Security Crisis, S. 188–198; Mausbach: Vereint; Wittner: Abolition, S. 170–197.

sie trat gemäßigt auf und setzte auf das parlamentarische Verfahren. Sie verlangte das Ende des nuklearen Wettrüstens, indem Entwicklung, Produktion und Stationierung von Atomwaffen eingefroren werden sollten – beiderseitig, verifizierbar und global. Der 1979 von der Abrüstungsexpertin Randall Forsberg veröffentlichte „Call to Halt the Nuclear Arms Race“ definierte als Ziel der Bewegung:

„To improve national and international security, the United States and the Soviet Union should stop the nuclear arms race. Specifically, they should adopt a mutual freeze on the testing, production and deployment of nuclear weapons and of missiles and new aircraft designed primarily to deliver nuclear weapons. This is an essential, verifiable first step toward lessening the risk of nuclear war and reducing the nuclear arsenals. The horror of a nuclear holocaust is universally acknowledged. [...] Unless we change this combination of trends, the danger of nuclear war will be greater in the late 1980s and 1990s than ever before. Rather than permit this dangerous future to evolve, the United States and the Soviet Union should stop the nuclear arms race. [...] A freeze would hold constant the existing nuclear parity between the United States and the Soviet Union.“⁸⁹

Wenn die NWFC einen *Freeze* ins Gespräch brachte, dann war das im Vergleich zu dem, was Friedensaktivisten in Westeuropa forderten, so bescheiden, wie die politischen Mittel zur Durchsetzung moderat waren. Die Idee lautete schlicht, dass die Supermächte ein Moratorium ankündigen sollten, das dann in einen Vertrag übergehen würde. Weder zielte sie auf die einseitige und sofortige Abrüstung von nuklearen Waffen, wie dies manche europäischen Initiativen als Ziel ausgaben, noch war die Rede von politischem Druck, den die Bewegung auf der Straße aufbauen wollte. Die im „Call to Halt the Nuclear Arms Race“ genannten Maßnahmen setzten auf politisches Engagement an der Graswurzel, auf Petitionen und Resolutionen an den Kongress. Auch den Kalten Krieg problematisierte die NWFC nicht in dem Maße, wie es Sozialdemokraten taten.⁹⁰ Sie war eine bürgerliche und parlamentarische Bewegung, und ihre Sachwalter waren „polite protesters“.⁹¹ Sie symbolisierten einen in der amerikanischen Geschichte neuen Aktivistentypus, der sich weniger auf traditionelle Politikformen wie Demonstrationen und Kundgebungen verließ, sondern auf Medien, PR-Kampagnen und Fundraising setzte.⁹² Dieser professionalisierte Aktivismus warb über Verbindungsleute im Kongress – die Senatoren Edward Kennedy und Mark Hatfield sowie den Abgeordneten Edward Markey – dafür, dass die finanziellen Mittel für das Wettrüsten suspendiert werden sollten.⁹³ Das rüstungskontrollpolitische Spektrum der US-Hauptstadt reichte aber weit über den Kongress hinaus.⁹⁴ Insbesondere in der Demokratischen Partei erfreute sich *Freeze* großer Zustimmung.⁹⁵

Die NWFC wurde in der SPD euphorisch aufgenommen.⁹⁶ Selbst für Altkanzler Schmidt brachte die Kampagne 1983 zum Ausdruck, dass auch viele Menschen in den USA über

⁸⁹ Call To Halt The Nuclear Arms Race. Proposal for a Mutual US-Soviet Nuclear Weapons Freeze, April 1982, S. 1, WHMC, sl 454 NNWFC, b 7, f 197; auch abgedruckt in Fröhlich: Kampagne, S. 235f.

⁹⁰ Dazu knapp Nehring: Security Crisis, S. 193.

⁹¹ Lofland: Protesters, S. 7.

⁹² Vgl. Harvey: Challenge, S. 42f.

⁹³ Zum Beispiel in Kennedy/Hatfield: Freeze.

⁹⁴ Vgl. Kubbig: Rüstungskontrollpolitik, S. 79f.

⁹⁵ 1984 Democratic Platform: Arms Control and Disarmament, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 38. Mausbach weist zurecht auf die Parallelen zwischen der *Freeze*-Idee und dem Ziel Reagans hin, Nuklearwaffen überflüssig zu machen, vgl. Mausbach: Vereint, S. 284f.; auch D. Meyer: Protest, S. 76; Lettow: Ronald Reagan, S. 85; dagegen Schweizer: War, S. 231–246, 282–285.

⁹⁶ So in Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 6. 12. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 207.

den Rüstungswettlauf besorgt waren.⁹⁷ Die Jusos forderten im März 1982, das Wettrüsten einzufrieren, und lehnten sich explizit an die NWFC an.⁹⁸ Auch die SPD-Frauenorganisation machte sich dieses Ziel zu eigen.⁹⁹ Insbesondere das, was die Kirchen in den USA zu einem möglichen *Freeze* sagten, verfolgten Parteimitglieder sehr aufmerksam.¹⁰⁰ Es war Wolfgang Biermann, der Materialien sammelte und an die SPD-Führung berichtete.¹⁰¹ Indem er Informationen über die NWFC verbreitete, wollte er eine transatlantische Deutungsgemeinschaft formen. Er war regelrecht elektrisiert von der *Freeze*-Resolution im Kongress und meinte eine sehr große Übereinstimmung mit SPD-Positionen festzustellen.¹⁰² Andere Sozialdemokraten sahen die Erfolgsaussichten der Kampagne kritischer,¹⁰³ und in der Tat ließ die Enttäuschung nicht lange auf sich warten.¹⁰⁴ Erstens kam es immer wieder zu Verständigungsschwierigkeiten. Denn das Interesse der NWFC an der Raketenstationierung in Westeuropa hatte seine Grenzen, war sie doch vorrangig an einem globalen Einfrieren der Nuklearwaffen interessiert.¹⁰⁵ Bezeichnenderweise standen die US-Mittelstreckenraketen im Dezember 1983 nicht einmal auf der Agenda des Führungszirkels des National Committee for a Sane Nuclear Policy (SANE), einer der *Freeze*-Kampagne verwandten Initiative, die 1987 mit ihr fusionierte.¹⁰⁶ Zweitens scheiterte die *Freeze*-Resolution 1983, nachdem sie im Repräsentantenhaus verabschiedet und im parlamentarischen Aushandlungsprozess verwässert worden war,¹⁰⁷ an den Mehrheitsverhältnissen im Senat.¹⁰⁸ Auch wenn die Idee eines *Freeze* erst einmal in weite Ferne gerückt war, inkorporierte die SPD sie im Laufe des Jahres 1983 in ihren Forderungskatalog.¹⁰⁹ Im Kölner Parteitagsbe-

⁹⁷ [Ms. Abschrift eines Interviews von „ABC News – This Week With David Brinkley“ mit Helmut Schmidt am 3. 4. 1983], undatiert, S. 13, AHS, Eigene Arbeiten.

⁹⁸ Erklärung des Bundesausschusses der Jungsozialisten [17. 3. 1982], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7789.

⁹⁹ Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bonn-Bad Godesberg vom 10. bis 12. 6. 1983, in: *Frau und Gesellschaft. Sozialdemokratischer Informationsdienst/Dokumente*, Nr. 20, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9383.

¹⁰⁰ Zur Bedeutung der US-amerikanischen Kirchen für die Friedensbewegung siehe die umfangreiche Materialsammlung in AdsD, Bestand IFIAS, 59.

¹⁰¹ So exemplarisch AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11240 und 11241.

¹⁰² Biermann: *Freeze*-Resolution/Abweichung der jüngsten Entschließung der *Freeze*-Campaign von der Vorlage im amerikanischen Repräsentantenhaus, 3. 3. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.4, 110.

¹⁰³ So Stobbe an Ehmke: Vermerk von Wolfgang Biermann über die *Freeze*-Debatte im amerikanischen Repräsentantenhaus am 21. 4., 3. 5. 1983, AdsD, Nachlass Stobbe, 169; ähnlich kritisch Glotz an Friedrich Stephan, 16. 6. 1982, AdsD, 2/PVEH000308.

¹⁰⁴ Zum konzeptionellen Begriff der Enttäuschung in der Friedensbewegung vgl. anregend Gotto: Enttäuschung, S. 9–18.

¹⁰⁵ Vgl. Ed Glennon an Gail, Mike and Dave: European missiles, 4. 11. 1982, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 131, f NATO Project file, 1980–1982; Mausbach: Vereint, S. 299.

¹⁰⁶ Draft Minutes SANE National Board, Washington, D.C., 10. 12. 1983, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 5, f National Board and Executive Committee meetings, July 1983–March 1985.

¹⁰⁷ Kritisch dazu Lafontaine: Verwässerte Entschließung: *Freeze*-Resolution fällt hinter US-Hirtenbrief zurück, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 9. 5. 1983, S. 3; Gerd Lotze: *Freeze*-Entscheidung: Zwischen den Schleifsteinen. Eine Entspannungs-Initiative wird verwässert, in: *Vorwärts*, 28. 4. 1983, S. 4.

¹⁰⁸ Gründlich zu den Beratungen im Kongress Fröhlich: Kampagne, S. 178–192; Waller: Congress, S. 42–285.

¹⁰⁹ Die Fraktion unterstützte die *Freeze*-Resolution, wie sie im Repräsentantenhaus verabschiedet worden war: Protokoll der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am Dienstag, dem 14. 6. 1983, 15.00 Uhr, AdsD, Bestand SPD-BTF, X. WP, 2/BTFJ000006.

schluss war sie 1983 dann ein zentraler Baustein, mit dem die SPD einen Beweisgang errichtete, um die Nachrüstung abzulehnen.¹¹⁰

Die Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen in der SPD sammelten gewissenhaft Informationen über die *Freeze*-Kampagne.¹¹¹ Eine Ausgabe des IFIAS-Dokumentationsdienstes, den Biermann herausgab, entfaltete das Panorama dessen, was Parteimitglieder wissen mussten. Biermann schrieb über die Kritik an Reagans Politik in den USA, über die Argumente und Alternativvorschläge der NWFC sowie über die diversen Friedensinitiativen in der US-Gesellschaft. Der Dokumentationsdienst wollte die sozialdemokratische Nachrüstungskritik legitimieren, indem er zeigte, dass sie nicht singulär war. In der Tat las sich der Bericht für nachrüstungskritische Parteimitglieder ermutigend:

„Unter den Aufruf der Freeze Campaign sind bis Mitte Juli 2 365 000 Unterschriften gesammelt worden, die Zahl der lokalen Kontaktadressen beträgt 158. Unterstützt wird der Aufruf bisher von 78 nationalen und internationalen Organisationen, von 140 katholischen Bischöfen sowie von 27 US-Senatoren und 179 Abgeordneten des Repräsentantenhauses, die sich für die Kennedy-Hatfield-Entschließung ausgesprochen haben. [...] Verabschiedet worden sind Freeze-Resolutionen bis Mitte Juli von 446 Städte-Versammlungen (davon 444 in Neuengland), von 191 Städteparlamenten, dem US-Städtetag (Juni 1982), 38 Parlamenten der Landkreise sowie von den Parlamenten der Bundesstaaten Massachusetts, Oregon, Connecticut, Maine, Vermont, Minnesota, Wisconsin, Delaware, Iowa, New York, Kansas, Alaska, Maryland und Illinois.“¹¹²

Der „Vorwärts“ berichtete über die Friedensdiskussion in den USA,¹¹³ der Bundesvorstand der Jusos verschickte übersetzte Materialien an seine Mitglieder,¹¹⁴ manche Funktionäre bereisten auf eigene Faust und Rechnung die USA,¹¹⁵ andere erwarben Mitgliedschaften in US-Initiativen.¹¹⁶ Zurück in Deutschland schrieben sie über ihre Eindrücke. Reinhold Kopp aus dem Saarland betonte in seinem zweiseitigen Reisebericht aus dem Juni 1982, dass es ihn überrascht habe, „bei den Bürgern, die man zufällig kennenlernt, im Flugzeug, an der Bar, der Taxifahrer“, ein „Bewußtsein vom vielfachen nuklearen ‚Overkill‘“ festzustellen.¹¹⁷ Freilich blieb die praktische transatlantische Vernetzung überwiegend eine Angelegenheit der männlichen Eliten, denn einfachen Sozialdemokratinnen mangelte es häufig an Möglichkeiten, um in die USA zu reisen. Dennoch: Die *Freeze*-Forderung fand sich bald auch in Beschlüssen und Resolutionen der SPD-Basis wie-

¹¹⁰ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 199.

¹¹¹ Vgl. die Materialsammlungen zur US-Friedensbewegung in AdsD, Bestand IFIAS, 226–235.

¹¹² Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: Frieden und Abrüstung. Informationen und Dokumente aus der internationalen Friedensdiskussion, Nr. 3, 1982, BStU, MfS, BV Berlin XV, 156, Teil 1/2, Bl. 28–72, hier Bl. 51.

¹¹³ Siehe exemplarisch die *Vorwärts*-Ausgaben vom 18. 3. 1982, S. 1; 20. 5. 1982, S. 16f.; 17. 3. 1983, S. 10; 5. 5. 1983, S. 10.

¹¹⁴ Rudolf Hartung an die Mitglieder des Arbeitskreises Sicherheitspolitik: [„aktuelles Material aus der amerikanischen Friedensbewegung“], 22. 6. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7624.

¹¹⁵ Vgl. Erler an Glotz, 9. 7. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928; dazu auch Berichte aus dem sozialdemokratischen Gesprächskreis in New York: Hans d’Orville/Doering/Werner Graf: Spannbreite der amerikanischen Friedensbewegung, 7. 5. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11133; Werner Graf: Die amerikanische Friedensbewegung – Analysen und Kommentare zu Entwicklungen der letzten Wochen, 7. 5. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11240.

¹¹⁶ Zum Beispiel war Hans Günter Brauch Mitglied bei SANE. Dazu Margo Hill an Brauch, 17. 7. 1979, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 21, f Correspondence of M. Hill, 1978–1983.

¹¹⁷ Kopp: US-Friedensbewegung im Aufbruch. Die „Basis“ wehrt sich gegen Sozialabbau und Rüstungseskalation, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 16. 6. 1982, S. 7f.

der.¹¹⁸ Wenn Sozialdemokraten zu erkennen meinten, dass Amerikaner das Ost-West-Verhältnis ähnlich wie sie selbst wahrnahmen, dann eröffnete sich ihnen ein transnationaler Deutungsrahmen, mit dem sich Widerspruch kommunizieren ließ. So schlug Biermann vor, für die Kieler Konferenz der SPD, die im November 1982 den Verlust der Regierungsverantwortung verarbeiten sollte, einen Redner der NWFC einzuladen und für den Dortmunder Parteitag im Januar 1983 den US-Senator Edward Kennedy zu gewinnen.¹¹⁹ Er avisierte sogar eine schließlich nicht verwirklichte Tagung mit Vertretern der NWFC in der Bundesrepublik, deren Zweck es sein sollte, „die auf wirksame Abrüstung und internationale Stabilität über Verhandlungen und Rüstungskontrolle ausgerichtete Politik der SPD als *Gemeinsamkeit mit der amerikanischen Freeze-Campaign* darzustellen“.¹²⁰

Die SPD sah sich durch die inneramerikanische Kritik an der Stationierung ins Recht gesetzt. Dabei handelte es sich freilich um ein Missverständnis. Denn die Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD hielten die NWFC pars pro toto für die US-Friedensbewegung, die tatsächlich jedoch aus verschiedenen Gruppen bestand. Und sie blendeten völlig aus, dass die NWFC den Kalten Krieg nicht als Problem begriff. Wer die Diskussion in den USA nur selektiv wahrnahm, konnte umso begeisterter auf sie reagieren. Ulrich Wickert, zu dieser Zeit ARD-Korrespondent in New York, äußerte sich im SPD-Mitgliedermagazin 1982 euphorisch über die Friedensbewegung in seinem Gastland.¹²¹ Ein Artikel im SPD-nahen Periodikum „PPP“, der mit „Friedensbewegung in den USA: ‚Ein Streichholz, das die Nation entzündet“ überschrieben war, vermerkte im gleichen Jahr: „In den USA formiert sich eine Friedensbewegung, die an Umfang und moralischer Durchsetzungs- und Überzeugungskraft alles zu übertreffen verspricht, was jemals an Volksbewegungen entstanden ist.“¹²² Die in der SPD kursierenden Berichte und Analysen über die NWFC vermittelten also kein realitätsgetreues Bild der Diskussion. Vielmehr war die NWFC für Sozialdemokraten ein Imaginationsraum, in den sie ihre Hoffnungen projizierten.¹²³

Zum einen erwarteten sie, dass durch die NWFC die Chancen steigen würden, die Nachrüstung doch noch zu verhindern. Wenn sich die Raketenstationierung stoppen ließe, könnte auch das Wettrüsten beendet, die Entspannungspolitik fortgesetzt und der Kalte Krieg überwunden werden. Deshalb konzipierten sie das Netzwerk mit der NWFC als eine den Atlantik übergreifende Gemeinschaft mit identischen Problemwahrnehmungen und Lösungsansätzen. Zum anderen hatte ihre Euphorie über die NWFC einen handfesten Grund. Denn sie gingen davon aus, dass sie nun den Vorwurf widerlegen könnten, sie

¹¹⁸ Exemplarisch: SPD-Abteilung 8 – Ost Charlottenburg: Resolution [21. 5. 1982], AdsD, 2/PVEH000270.

¹¹⁹ Biermann an Glotz: 1. Mögliches Auftreten eines Vertreters der Freeze Campaign auf dem „Kleinen Parteitag“ in Kiel; 2. Mögliche Teilnahme Kennedys am SPD-Parteitag am 21. 1. 1983, 3. 11. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10927.

¹²⁰ Biermann: Konzept für Veranstaltung mit Abrüstungsexperten aus den USA und der Bundesrepublik in der ersten Hälfte Februar 1983, 23. 12. 1982, S. 2, AdsD, 1/EBAA000600; Hervorhebung im Original (unterstrichen).

¹²¹ Ulrich Wickert: USA: Der Friedenshunger wächst, in: *Sozialdemokrat Magazin*, 5/1982, S. 21.

¹²² *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst*, 12. 3. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11240.

¹²³ Vgl. „Meine ganz große Hoffnung: Die amerikanische Friedensbewegung“ [Interview mit Heinrich Albertz], in: *betrifft: erziehung*, Juli/August 1982, S. 56–63, 1982, AdsD, 1/HAAA000041; Eppler: Friedensbewegung 1984, in: *Frankfurter Hefte* 39 (1984), S. 23–30, hier S. 24f.; Eppler: Recht zum Widerstand – oder: Rastätter Anmerkungen, in: *Vorgänge* 22 (1983), S. 59–66, hier S. 60.

seien „anti-amerikanisch“.¹²⁴ Für Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD lag es auf der Hand: Wenn Reagan aus der US-Gesellschaft heraus kritisiert wurde, dann konnten die gleichen Argumente, nur weil sie aus dem europäischen Ausland kamen, nicht „anti-amerikanisch“ sein.¹²⁵ Deshalb betonten Sozialdemokraten das „Näherrücken von SPD und Friedensbewegung“ in den USA, deshalb suchten sie offensiv den Schulterchluss mit inneramerikanischen Oppositionsgruppen.¹²⁶ Sie wiesen darauf hin, dass sich „unser Widerstand [...] nicht gegen Amerika“ richtete, „sondern gegen die *gegenwärtige amerikanische Rüstungs- und Nuklearpolitik*“.¹²⁷ Indem SPD-Mitglieder hervorhoben, dass die US-Gesellschaft komplex und gegensätzlich war, meinten sie, ein brauchbares Argument gefunden zu haben, mit dem sie den Vorwurf des „Anti-Amerikanismus“ entkräften konnten.¹²⁸ Schon die revoltierenden Studenten von „1968“ hatten auf „the other America“ hingewiesen und sich mit Aktivisten der US-amerikanischen Zivilgesellschaft vernetzt.¹²⁹ Das wiederholte sich in den frühen achtziger Jahren, als politischer Aktivismus erneut in den Verdacht geriet, die kulturelle Verfasstheit der amerikanischen Gesellschaft zu torpedieren.¹³⁰

Der Freiburger SPD-Vorsitzende Gernot Erler riet dem Parteivorstand 1982, „den wiederkehrenden Vorwurf des Antiamerikanismus an unsere Adresse durch verstärkte Hinweise auf das andere Amerika zu unterlaufen“.¹³¹ Glotz unterstrich, die deutsche Sozialdemokratie befinde sich „auf der gleichen Seite im Kampf gegen das atomare Wettrüsten wie die inneramerikanische Opposition“.¹³² Sie könne deshalb gar nicht „anti-amerikanisch“ sein.¹³³ Eppler betonte, dass von der Kritik an Personen und ihrer politischen Agenda nicht auf Einstellungen gegen Nationen geschlossen werden dürfe: „Wenn ein Franzose Franz Josef Strauß unheimlich findet, so ist er deshalb noch nicht antideutsch, und wenn ein Deutscher Reagan unheimlich findet, so ist er deshalb noch nicht antiamerikanisch.“¹³⁴ Hier bezweifelten Sozialdemokraten nicht, dass es „Anti-Amerikanis-

¹²⁴ Vgl. Unter Druck, in: *Der Spiegel*, 30. 8. 1982.

¹²⁵ So auch: Grüne sind nicht antiamerikanisch, sondern antimilitaristisch. Pressemitteilung Nr. 259/83, 4. 8. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 2.

¹²⁶ Glotz an Bernd U., 20. 8. 1982, AdsD, 2/PVEH000299.

¹²⁷ [Ergebnisprotokoll der Sitzung der AG Frieden im Frankfurter Kreis am 16. 4. 1983 in Oer-Erkenschwick], undatiert, S. 6, AdsD, 1/EEAC000126. Hervorhebung im Original (unterstrichen).

¹²⁸ Explizit mit dem Hinweis auf den Pluralismus und die Komplexität der US-Gesellschaft, die er so nicht erwartet hätte: Biermann an John Kornblum, 8. 1. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11241.

¹²⁹ Vgl. pointiert Klimke: Alliance, S. 241; Gassert: Antiamerikaner; bereits Kraushaar: Protestkultur, S. 258.

¹³⁰ Vgl. Initiative „Zusammen mit dem anderen Amerika“: Presseerklärung [September 1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7654; Sheila Cooper/Petra Kelly an die Mitglieder der War Resisters League, Juni 1982, SCPC, War Resisters League Records (DG 040), s B/III, b 4, f Releases, 1982; siehe auch: Das „Andere Amerika“: Grüne fordern Bündnis mit den gewaltfreien Kräften in den USA, Pressemitteilung, 9. 6. 1982, AdsD, Nachlass Selbmann, 88.

¹³¹ Erler an Glotz, 9. 7. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928.

¹³² Glotz an Angelika K., 18. 4. 1983, AdsD, 2/PVEH000305.

¹³³ Glotz an Gerda L., 13. 9. 1982, AdsD, 2/PVEH000294; auch Stobbe: Krefeld, 20. 6. 1983, AdsD, Nachlass Stobbe, 170.

¹³⁴ „Sind Sie ein Friedensguru, Herr Eppler?“, in: *Quick*, 8. 10. 1981, S. 151; mit diesem Argument kurz zuvor Bastian an Eppler, 12. 5. 1981, AdsD, 1/EEAC000057; Voigt: Kommt alles Heil von jenseits des Atlantik? Die Unionsparteien und die Schlag-tot-Formel vom „Antiamerikanismus“, in: *Vorwärts*, 16. 7. 1981, S. 18; ähnlich Ziebur: Das Totschlag-Wort „Antiamerikanismus“. Warum ein alter Vorwurf angesichts der verschärften Ost-West-Konfrontation wieder neu in Mode kommt, in: *Vorwärts*, 27. 8. 1981, S. 15.

mus“ gab und *dass* er ein Problem sei.¹³⁵ Sie versuchten aber zu zeigen, dass er gerade im Nachrüstungsstreit nicht virulent sei. Sie argumentierten mit demoskopischen Erhebungen: Brandt schrieb in einem Gastbeitrag für die „Washington Post“ im August 1983, dass Umfrageergebnisse demonstrierten, dass „sich 90% unserer Bevölkerung zur NATO und zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten“ bekannten.¹³⁶ Es wäre „objektiv falsch und politisch ein Fehler, wenn man in Amerika die Anti-Raketen-Haltung mit einem europäischen Antiamerikanismus gleichsetzen oder verwechseln würde“.¹³⁷ Diese Argumentationsmuster hatten vor allem eine innenpolitische Funktion. Biermann hob hervor, dass sich „Kohl/Strauß/Genscher“ in einer „armseligen und peinlichen Situation“ befinden würden, „wenn sich nunmehr in Amerika diejenigen Mehrheiten durchsetzen, die der Sicherheitspolitik der SPD sehr nahe stehen“.¹³⁸ Wer in der SPD den Vorwurf des „Anti-Amerikanismus“ zurückwies, der ging davon aus, dass er damit diejenigen bloßstellen konnte, die vom „Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses“ sprachen.¹³⁹

Die Aktivistinnen und Aktivisten der NWFC verfolgten den Nachrüstungsprotest in Westeuropa mit großem Interesse. Es sei wichtig, hieß es in einem Aufruf, den eine aus verschiedenen US-Friedensinitiativen bestehende Arbeitsgruppe herausgab, dass sich die amerikanischen und die europäischen Bewegungen zusammäten

„as clear allies in opposition to the nuclear arms race in an international people’s movement. And it is important to show the American people that the struggle is not the United States and its European allies against the Russians in a nuclear arms race, but the people of Europe and the United States together opposing both the United States and Russian nuclear arms policies, and demanding that they reverse their directions to one of mutual nuclear disarmament and peace.“¹⁴⁰

Auch in den USA wollten die Aktivistinnen und Aktivisten ihre innenpolitische Legitimität steigern, indem sie sich über Grenzen hinweg vernetzten.¹⁴¹ Durch Kontakte und gemeinsame Appelle oder Aktionen wollten sie ihren Widerspruch zur Sicherheitspolitik der NATO anzeigen. Die NWFC tat sich jedoch schwer, wenn es darum ging, Gemeinsamkeiten mit der westdeutschen Friedensbewegung und den Grünen herauszuarbeiten.¹⁴²

¹³⁵ Lotze: Amerikas Belastbarkeit. Leben mit dem „Anti-Amerikanismus“, in: *Vorwärts*, 24. 9. 1981, S. 1.

¹³⁶ Brandt: Manuskript des Beitrages in der *Washington Post* vom 7. 8. 1983, undatiert, AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 188; abgedruckt in Brandt: *Berliner Ausgabe*, Bd. 10, S. 142–146. Ferner Peter Lösche: Antiamerikanismus in der Bundesrepublik? Stereotype über Ronald Reagan in der deutschen Presse, undatiert, AdsD, Nachlass Stobbe, 275. Der Beitrag Brandts wurde in der NWFC rezipiert: *European Reactions to the Pershing II and Cruise Deployment*, August 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 51; Dettke: SINUS-Umfrage zum Thema Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 9. 11. 1983, AdsD, 1/HJVA102737.

¹³⁷ Demoskopische Ergebnisse sind stets Konstrukte und abhängig vom Fragesteller, dazu Ziemann: *Sozialgeschichte*; Kruke: *Demoskopie*, S. 11–17.

¹³⁸ Biermann an Vogel: *Freeze-Entschließung des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentanten-Hauses*; Hintergründe und Argumentationsvorschläge, 3. 3. 1983, S. 2, AdsD, WBA, A11.4, 110.

¹³⁹ Vgl. dazu auch Offener Brief von 59 Bundestagsabgeordneten an US-Präsident Ronald Reagan, 7. 6. 1982, S. 1, AdsD, 1/EBAA000745; abgedruckt in *Blätter* 28 (1983), S. 1391–1394; die Antwort von George Bush übermittelte Arthur F. Burns an Freimut Duve, 18. 6. 1982, AdsD, 1/EBAA000745.

¹⁴⁰ *Stop the Cruise and Pershing II Missiles*, undatiert, S. 2, SCPC, Women’s International League for Peace and Freedom (WILPF) Records (DG 043), III/H,6, b 13, f Euromissiles Working Group, 1982–1984.

¹⁴¹ Siehe auch Melinda Fine: *International Report for Freeze Focus International Issue*, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 4, f 89.

¹⁴² Zur Kontextualisierung vgl. Milder: Petra Kelly.

Dass sich in Westeuropa eine starke Friedensbewegung sammelte, notierte sie befriedigt. Zugleich bedauerte sie, dass die Westeuropäer außerhalb der SPD die *Freeze*-Forderung nicht enthusiastischer aufnahmen. Der Nationale Koordinator der NWFC Randy Kehler berichtete im September 1982 von einer Begegnung mit europäischen Friedensinitiativen:

„Aside from the East-West problem, I think that many at the meeting had profound reservations about any disarmament process that hinges upon negotiations, bilateral or multilateral. There seemed to be a strong feeling that the negotiation process has consistently failed, leading only to new balances of terror at increasingly higher levels or armaments.“¹⁴³

Es war also der gegensätzliche Ansatz von NWFC und europäischen Bewegungen, der das Verständnis erschwerte. Er führte dazu, dass Ideen nicht ohne weiteres über den Atlantik hinweg „übersetzt“ werden konnten.¹⁴⁴ Während die Amerikaner ein parlamentarisches Vorgehen befürworteten und die Rüstungskontrolle in den Mittelpunkt ihres Denkens rückten, war ihnen der außerparlamentarische Impuls der Europäer fremd.¹⁴⁵ Auch Eva Quistorp, eine Protagonistin der deutschen Frauenfriedensbewegung, räumte 1983 ein, dass sie sich schwer damit tue, das aus ihrer Sicht bescheidene Einfrieren der Atomraketen gutzuheißen. Sie verlangte das bedingungslose Nein zur Stationierung und einseitige Abrüstungsschritte.¹⁴⁶ In der Tat waren die Beziehungen zwischen der NWFC und der westdeutschen Friedensbewegung eher problembelastet.¹⁴⁷ Das Koordinationsbüro der Friedensbewegung unterstützte 1983 zwar offiziell das *Freeze*-Konzept.¹⁴⁸ Doch die Vorstellungen über Schritte, die darüber hinausgingen, klappten auseinander.¹⁴⁹ Eine amerikanische Analyse von November 1982 sezierte den Unterschied: „There is a nuclear disarmament movement in Europe, but, in America, there is a movement for a bilateral halt to the nuclear arms race“.¹⁵⁰ Gingen NWFC und Gruppen der westdeutschen Friedensbewegung von den gleichen Problemen aus – Rüstungswettlauf, drohende nukleare Apokalypse –, präferierten sie unterschiedliche Lösungen aus der wahrgenommenen Krise. Als 1983 auf einer Konferenz in Paris die Diagnosen aufeinanderprallten, offenbarten sich auch Differenzen in den lebensweltlichen Erfahrungsräumen. Melinda Fine, die als Internationale Sekretärin für die NWFC an dem Treffen teilnahm, schrieb: „[W]hile the freeze has

¹⁴³ Randy Kehler an Executive Committee: International Disarmament Meeting in Paris, September 10–13, 1982, 27.9.1982, S. 3, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 152, f Minutes (Exec. Comm. & National Comm.), 1982, 1984; zu Kehler vgl. D. Meyer: Protest, S. 121.

¹⁴⁴ Lässig: Übersetzungen.

¹⁴⁵ So auch Mausbach: Vereint, S. 295f.

¹⁴⁶ Zit. nach Germany: A Declaration of Independence, in: *Nuclear Times*, October 1983, S. 24–25.

¹⁴⁷ Der Geschäftsführer von SANE David Cortright gab seine Pläne auf, an den Demonstrationen im Herbst 1983 in der Bundesrepublik teilzunehmen: „I had assumed, and been told by Petra Kelly, that the Green party wanted me to come and would pay my way. When I contacted their office, however, no one knew of my proposed visit and they did not seem interested. Thus, I decided not to take the trip.“ Cortright an Daniela Velte, 26. 10. 1983, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s H, b 15, f David Cortright Correspondence July 1983–Dec. 1984.

¹⁴⁸ Es ist an der Zeit: Sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land! [1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

¹⁴⁹ Ertragreicher gestalteten sich die Kontakte der bundesdeutschen Friedensbewegung mit anderen *peace groups* in den Vereinigten Staaten, die radikaler als die NWFC auftraten, so mit der *Women's International League for Peace and Freedom* und der *War Resisters League*; vgl. Fröhlich: Kampagne, S. 80–147.

¹⁵⁰ Bill Moyer: Keeping Cruise and Pershing II in America, November 1982, S. 1, WHMC, sl 454 NNWFC, b 7, f 199.

attempted to work simultaneously on both the grassroots and congressional level, much for the European action seems oriented toward the grassroots, alone.¹⁵¹

Die Schwierigkeiten, sich zu verständigen, rührten auch daher, dass Amerikaner und Europäer unterschiedliche Praktiken des politischen Konfliktaustrags bevorzugten. So äußerte sich Fine in ihrem Bericht besorgt über die Gewaltbereitschaft in Europa. In Deutschland meinte sie ein profundes Misstrauen gegenüber Parteien auszumachen, das parlamentarische Initiativen gegen die Nachrüstung verhinderte. Für die NWFC sei hingegen klar, dass Protestaktionen auf der Straße alleine keine Wirkung zeigten. Eine andere Aufzeichnung versuchte, die Handlungsformen der NWFC auf die westeuropäischen Bewegungen zu übertragen.¹⁵² Der Vorschlag setzte auf das Graswurzelengagement in Städten und Gemeinden, nicht auf Massendemonstrationen und aufsehenerregende Protestaktionen. Er wollte die Netzwerke zu dramatischen Inszenierungen entwickeln, die bewiesen, dass Amerikaner und Europäer gemeinsam keine neuen Raketen wollten. Protestkulturen, die in den Vereinigten Staaten erfolgreich erprobt worden waren, seien auch in Westeuropa umsetzbar, nahm der Vermerk an.¹⁵³

Der außerparlamentarische Handlungsansatz und die systemsprengenden Forderungen der westdeutschen Friedensbewegung gingen vielen Aktivisten und Aktivistinnen der NWFC zu weit – aber sie sahen inhaltliche Übereinstimmungen mit den Sozialdemokraten.¹⁵⁴ Denn mit der rüstungskontrollpolitischen und parlamentarischen Grundierung der SPD konnten sie sich identifizieren.¹⁵⁵ Das schlug sich allein in den Berichten über Europa nieder, in denen die SPD stets einen breiten Raum einnahm. Handschriftliche Notizen von Ed Glennon, der als Vertreter von SANE 1981 die Bundesrepublik bereiste, bringen ein intensives Interesse für die sozialdemokratische Position zum Vorschein. Glennon sammelte Informationen über SPD-Führungspersonlichkeiten der zweiten und dritten Reihe und exzerpierte aus deutschen Zeitungen; er trug alle Informationen zusammen, die er über Initiativen gewinnen konnte, die dazu geeignet waren, die Politik von Schmidt zu verändern.¹⁵⁶ Dies machte der NWFC Mut, sich um eine Zusammenarbeit mit der SPD zu bemühen. Deshalb interessierte sie sich für Schmidt-Gegner wie Erhard Eppler,¹⁵⁷ deshalb rezipierte sie das zentrale sozialdemokratische Argument:

„The SPD’s endorsement of the ‚Doubletrack decision‘ was based on two important presumptions that are now no longer operative: that ratification of the SALT II agreement would be followed

¹⁵¹ Melinda Fine: International Disarmament Meeting in Paris, June 9–11, 1983, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 50.

¹⁵² Siehe Moyer: Keeping Cruise and Pershing II in America, WHMC, sl 454 NNWFC, b 7, f 199.

¹⁵³ Ebenda.

¹⁵⁴ Dessen war sich auch die SPD bewusst. Glotz an Erler, 3. 12. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928. Die Verbindungen zwischen der NWFC und der SPD riefen jedoch Eifersüchteleien unter anderen europäischen Friedensaktivisten hervor: Laurens Hogebrink an Forsberg/Kehler, 23. 6. 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 50. Die SPD nutzte ihre Kontakte schließlich auch, um sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Grünen zu profilieren. Biermann an Glotz u. a.: Strategie der SPD gegenüber der Friedensbewegung, 10. 3. 1983, S. 5, AdsD, Vorlass Voigt, H 120.

¹⁵⁵ Die sozialdemokratische Sonder-Außenpolitik verfolgte die NWFC gebannt. Hummel Walker an Randy Kehler: Translation of Andropov letter [hs. eingef.: in a publication of the Social Democratic Party of West Germany on September 22, '83–RK], 3. 10. 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 7, f 206.

¹⁵⁶ Ed Glennon: [Hs. Notizen zu Entwicklungen und Diskussionen in der Bundesrepublik, 1981], SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 133, f West German politics, 1981–1983.

¹⁵⁷ So in Quotable Quotes, undatiert, WHMC, sa1039 National Nuclear Weapons Freeze Campaign Addenda, Accession 10/9/98, b 10, f St. Louis Freeze-Euromissiles & European Responses.

promptly by SALT III negotiations incorporating both strategic and theater nuclear reductions; and that there would be a full four years to work out a new agreement. [...] Under these conditions, the SPD can plausibly defect from the December '79 decision without serious damage to its moderate social-democratic image.¹⁵⁸

Wie die *Freeze*-Kampagne Einblick in die bundesdeutschen Verhältnisse gewann, lässt sich anschaulich dokumentieren anhand der Deutschlandreise des Aktivisten Mike Mawby im September und Oktober 1980.¹⁵⁹ Seine Reisemappe umfasst handschriftliche Notizen von Gesprächen mit SPD-Funktionären, die sich über den Kurs ihrer Partei und über den Standpunkt von Parteifreunden äußerten, sie enthält Visitenkarten, Adresslisten und Telefonnummern. Der Zweck der Reise war es, geeignete SPD-Vertreter für eine Konferenz über die „Euromissiles“ im Dezember 1981 in Washington zu finden und „to show American politicians and citizens that prominent political leaders in Europe do not want this nuclear escalation policy and that it should be opposed“.¹⁶⁰ In den Treffen mit den SPD-Abgeordneten und Nachrüstungsgegnern Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik, mit dem Verteidigungsfachmann Voigt und dem Fraktionsreferenten Johannes Altmeppen – außerhalb der SPD traf er sich lediglich mit dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian – erhielt Mawby Einblick in das komplizierte Innenleben der Sozialdemokratie. Hansen sei der „biggest peacenik in SPD“, notierte er, während sich der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner für die „most important figure for European détente“ halte. Voigt hingegen sei „almost pragmatic to a fault“. Mit Hansen und Coppik erzielte Mawby die größte inhaltliche Übereinstimmung. Doch handele es sich um innerparteiliche „paradise birds“, die „colorful“ und manchmal unberechenbar agierten. Ein Problem seien die Sprachkenntnisse vieler SPD-Funktionäre gewesen, notierte Mawby. Coppiks Englisch sei „not very good, almost non-existent“.¹⁶¹ Er komme als Ansprechpartner der NWFC kaum infrage. Die Nachrüstungsgegner aus NWFC und SPD redeten also nicht nur übereinander. Sie traten auch miteinander in Kontakt. Ihre Netzwerke waren Manifestationen des politischen Dissenses mit der Außen- und Verteidigungspolitik der NATO. Sie drückten etwas aus, das darüber hinausging, was sich verbal artikulieren ließ. Denn wenn US-amerikanische *Freeze*-Aktivisten und deutsche Sozialdemokraten miteinander in Kontakt kamen, wenn sie sich begegneten, dann traten auch die jeweiligen politischen Anliegen als Einheit auf. Und durch physische Nähe erhöhte sich ihre jeweilige politische Legitimität.

Reisten die Nachrüstungsgegner der SPD in die USA, um lokale Friedensgruppen zu besuchen oder um an öffentlichkeitswirksamen Konferenzen teilzunehmen, dann war das eine sinnstiftende Handlung, die ihnen innenpolitisch helfen sollte.¹⁶² Und wenn Vertre-

¹⁵⁸ Christopher Paine: [SPD und TNF], undatiert, S. 2f., WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 49.

¹⁵⁹ In SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 131, f Mike Mawby's contacts in Europe, 1980-1981.

¹⁶⁰ So im Brief an Johannes Altmeppen, 8.9.1980, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 131, f Mike Mawby's contacts in Europe, 1980-1981.

¹⁶¹ Mawby: Report on Visits in Europe with Leading Military Experts, 21. 10. 1980, S. 3, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 131, f Mike Mawby's contacts in Europe, 1980-1981.

¹⁶² Siehe die Konferenz der NWFC im Dezember 1981 in Washington, zu der aus der Bundesrepublik Karl-Heinz Hansen, Gert Bastian und Petra Kelly sowie aus Großbritannien Josephine Richardson anreisten: NATO Missiles – A European Perspective [2. 12. 1981], SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 71, f Euromissiles conference, Dec. 2, 1981. Obwohl SANE eigens eine PR-Agentur angeheuert hatte, bewertete Ed Glennon die Konferenz als Misserfolg: Glennon an SANE Staff: NATO Conference, 15. 12. 1981, SCPC, SANE, Inc. (DG 58), s G, b 131, f NATO Project file, 1980-1982; Mausbach: Ver-eint, S. 293f.

ter der NWFC nach Europa flogen, um sich dort mit SPD-Mitgliedern zu treffen, zelebrierten sie den transatlantischen Schulterschluss durch körperliche Nähe. Es verwundert kaum, dass die beiden Galionsfiguren der sozialdemokratischen Nachrüstungskritik, Eppler und Lafontaine, bei ihren USA-Besuchen vor allem in den Jahren von 1981 bis 1983 nicht etwa Vertreter der Regierung in der Hauptstadt, sondern die Aktivisten der *Freeze*-Kampagne in der Provinz besuchten.¹⁶³ Dort wurden sie neugierig aufgenommen und traten als Redner bei öffentlichen Veranstaltungen auf.¹⁶⁴ Biermann nahm im Juni 1983 sogar an einer Sitzung des *Executive Committee* der NWFC im texanischen Fort Worth teil.¹⁶⁵ Auch als die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik am 6. Oktober 1983 in Philadelphia das 300-jährige Jubiläum der Ankunft von 13 Familien aus Krefeld – der ersten deutschen Einwanderung – feierten, reiste Eppler an die Ostküste, um die friedlichen Wurzeln der Einwanderer zu feiern; die Krefelder Familien waren in der Tat Mennoniten und Quäker gewesen.¹⁶⁶ Die Regierungen in Washington und Bonn inszenierten diesen Tag, zu dem Bundespräsident Karl Carstens nach Philadelphia kam und sich dort mit Vizepräsident Bush traf, als Fest der deutsch-amerikanischen Freundschaft und gemeinsamer Wertvorstellungen.¹⁶⁷ Dazu boten die Demonstrationen der Friedensgruppen eine konkurrierende Sichtweise an.¹⁶⁸

Schließlich kam es auch zu Begegnungen auf höchster Ebene. Die NWFC entwickelte die Idee, im Spätsommer 1983 westeuropäische Stationierungsgegner nach Washington einzuladen, damit sie vor dem Kongress ihren Standpunkt erläutern könnten. Sie regte an, dass die Delegation den Aufschub der Stationierung um ein Jahr fordern sollte.¹⁶⁹ Um dieses Konzept unter den Europäern populär zu machen, das schließlich auch zur Hauptforderung der SPD wurde, reiste Randall Forsberg im Mai 1983 nach Westdeutsch-

¹⁶³ Vgl. Dingels an Lafontaine: Deine Reise in die USA, 15. 6. 1981, AdsD, WBA, A11.13, 38; Dingels an Müller-Osten: Erhard Eppler, 26. 7. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11133; Eppler: [Handschriftliche Notizen für Gespräche/Reden in den USA], 8. 10. 1982, AdsD, 1/EEAC000078; Programm der USA-Reise von Erhard Eppler, undatiert, AdsD, 1/EEAC000078.

¹⁶⁴ Eppler nahm 1983 an einer Veranstaltung der NWFC in Augusta, Maine, teil: Program The European Missile Crisis Forum, Sept. 30, 1983, Jewett Hall, Univ. of Maine at Augusta, undatiert, AdsD, 1/EEAC000187. Dort sollte er eine „Concluding Address“ halten. Neben ihm war auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen für eine Panel-Diskussion eingeplant.

¹⁶⁵ Minutes National Committee Meeting June 10–12, 1983 FT. Worth, Texas, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 5, f 126; dazu auch Biermann: Vertraulicher Bericht über die USA-Reise vom 4. 6. bis 13. 6. 1983, 15. 6. 1983, AdsD, WBA, A11.13, 80.

¹⁶⁶ Auf Bitten von Samuel Caldwell schrieb Eppler einen „Letter to American Christians on the issue of Euromissiles“. Eppler an amerikanische Christen, 20. 8. 1983, AdsD, 1/EEAC000187; Peace rally set for Oct. 6 visit by head of state, in: *Philadelphia Inquirer*, 28. 6. 1983.

¹⁶⁷ Siehe zur Vorbereitung Ron Mann an Bill Clark/Helene von Damm: Additional Background on 1983 U.S.-German Tricentennial Commission, 8. 9. 1982, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/1/82–9/30/82) (6).

¹⁶⁸ Dazu auch Philadelphia Nuclear Freeze: October 6 Witness, undatiert, AdsD, Nachlass Stobbe, 183; 6. Oktober in Philadelphia: „Freundschaft ohne Raketen“. Pressemitteilung Nr. 394/83, 5. 10. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 4; „Ist Partnerschaft die Begegnung zweier Präsidenten, ist es das Staatsbankrott“, fragte der Spiegel, „oder ist es der gemeinsame Protest von Eppler [...] Petra Kelly und Gert Bastian, die zusammen mit rund 12 000 Amerikanern in den Straßen von Philadelphia gegen die Nachrüstung demonstrierten?“. Klaus Wirtgen: Deutsche Eiche im Freundschaftsgarten, in: *Der Spiegel*, 10. 10. 1983, S. 26f.

¹⁶⁹ Vgl. Institute for Defense & Disarmament Studies: Euromissile Political Delegation Project, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 52; für den Beschluss der NWFC siehe Minutes National Committee Meeting June 10–12, 1983 FT. Worth, Texas, undatiert, S. 6, WHMC, sl 454 NNWFC, b 5, f 126.

land. Dort traf sie Eppler, der nicht lange überzeugt werden musste.¹⁷⁰ An Brandt berichtete er, es könne „aus dem Dilemma unserer Partei (und nicht nur der SPD) im Herbst [...] einen Ausweg“ geben.¹⁷¹ „Die Sache“ sei „nicht ohne Chance“. In Bonn drängte Forsberg darauf, die SPD dürfe ihre endgültige Haltung zur Stationierung nicht erst im Spätherbst festlegen, wie es der Position der Parteiführung entsprach. Sie sollte sich sofort gegen die Nachrüstung aussprechen.¹⁷² Gegenüber Vertretern von „Skandilux“ in Luxemburg, einem Gesprächsforum von europäischen Parteien Westeuropas, bekannte Forsberg jedoch entwaffnend direkt, dass es kaum eine Chance gebe, die Stationierung hinauszuschieben. Dennoch sei es wichtig, dass „eine hochrangige Delegation aus verschiedenen europäischen Parteien“ vor dem Kongress gegen die Nachrüstung aussage.¹⁷³ Während sie heftigen Widerspruch von Jacques Huntzinger hörte, der die Gegensätze zwischen dem Parti Socialiste und der *Freeze*-Kampagne betonte,¹⁷⁴ verlief das Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden besser.¹⁷⁵ Den persönlichen Aufzeichnungen der US-Abrüstungsexpertin nach zu schließen, waren sie und Brandt sich weitgehend einig, dass es nützlich sei, um ein Jahr verlängerte Gespräche zu fordern.¹⁷⁶ Doch wollte Brandt nicht als Teil einer größeren Delegation von Westeuropäern anreisen, sondern bestand auf einem Einzelauftritt.¹⁷⁷

Am 29. September 1983 war es endlich so weit. Brandt sprach bei einem Hearing vor Abgeordneten und Senatoren des US-Kongresses gegen die Raketenstationierung.¹⁷⁸ Die Anhörung fand im Washingtoner Rayburn House Office Building unter dem Vorsitz von Edward Markey statt. Neben Brandt reisten aus der SPD noch Egon Bahr, Herta Däubler-Gmelin und Heidemarie Wiczorek-Zeul nach Washington.¹⁷⁹ Auch andere prominente Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker aus Westeuropa hielten sich in der Hauptstadt

¹⁷⁰ Dazu: RF Talk on Freeze Strategy on Euromissiles at IDDS, May 19, 1983 – Notes from tape by EB, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 3, f 67.

¹⁷¹ Eppler an Brandt (hs.), 17. 5. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.2, 144. Nachdem die *Freeze*-Resolution im Senat gescheitert war, äußerte sich Eppler gegenüber einem Briefpartner aus der NWFC nüchtern: Eppler an Pat Harman (hs.), WHMC, sa1039 NNWFC Addenda, Accession 8/3/94, b 2, f Correspondence from Europe.

¹⁷² RF Talk on Freeze Strategy on Euromissiles; Biermann an Brandt: Wünsche der Freeze-Campaign zur Unterstützung ihrer Haltung in der Frage von Marschflugkörpern und Pershing II/Gespräch mit Randall Forsberg am Rande der Berliner Konferenz für atomare Abrüstung, 26. 5. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.2, 144.

¹⁷³ Isenberg: Sitzung der Skandilux-Gruppe am 5./6. 6. 1983 in Luxemburg, 7. 6. 1983, S. 2, AdsD, 1/EBAA000599.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 3. Auch Mitterrand lehnte einen *Freeze* ab, vgl. Abendessen der Regierungschefs beim ER in Luxemburg (29./30. 6. 1981), 30. 6. 1981, AdsD, 1/EBAA000763.

¹⁷⁵ Vgl. dazu Isenberg an Brandt: Ihr Gespräch heute um 15.00 Uhr mit Randall Forsberg, Vorsitzende des National Advisory Board der Freeze-Bewegung, 6. 6. 1983, S. 2, AdsD, WBA, A11.2, 144.

¹⁷⁶ Forsberg: First Exploratory Trip on Euromissile Political Delegation June 5–6, 1983, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11252; Forsberg: [Hs. Notizen über Gespräche in Bonn], 9. 6. [1983], WHMC, sl 454 NNWFC, b 3, f 67.

¹⁷⁷ Brandt: [Hs. Notiz zur Freeze-Initiative, 8. 6. 1983], AdsD, WBA, A11.13, 80. Zur Frage, ob die NWFC eine Delegation oder mehrere Einzelpersonen einladen sollte, siehe Ehmke: Vermerk über meine US-Reise vom 26. 6. bis 2. 7. 1983, 5. 8. 1983, S. 7, AdsD, 1/HEAA000795.

¹⁷⁸ Brandt war von vier Kongressabgeordneten eingeladen worden, Edward J. Markey/Jim Leach/Thomas J. Downey/Stewart B. McKinney an Brandt, 10. 8. 1983, AdsD, WBA, A19, 240.

¹⁷⁹ Däubler-Gmelin war zu diesem Zeitpunkt Bundestags-, Wiczorek-Zeul Europaabgeordnete. Vgl. European Parliamentary Delegation, 1. 8. [1983], WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 51; das Statement Bahrs in AdsD, WBA, A19, 240; sowie in WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 52.

auf.¹⁸⁰ Die Anhörung war Teil eines Aktionsmonats der NWFC, der am 12. September begann und am 7. Oktober endete. Auf dem Programm der Gäste standen Begegnungen mit Politikern, mit *Think Tanks* und Pressevertretern, mit Friedensgruppen und einfachen Amerikanern. Darüber hinaus nahm Brandt an einem Podiumsgespräch mit den demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Bundesstaat Maine teil.¹⁸¹ Die NWFC machte durch den Besuch der Europäer die Öffentlichkeit in Nordamerika und Westeuropa auf ihr Anliegen aufmerksam.¹⁸² Gleichzeitig demonstrierte sie, wie einig sie sich mit den massenhaften Protestbewegungen in den Stationierungsländern war. Dass ihre Wahl für den Hauptredner auf Willy Brandt fiel, war gewiss kein Zufall. Denn Brandt entsprach viel eher den Sehgewohnheiten des amerikanischen Publikums als die meisten Protagonisten der Grünen. Er verlangte, dass die Verhandlungen über das im Doppelbeschluss vorgesehene Ende hinaus fortgesetzt und dass die britischen und französischen Drittstaatensysteme in die Berechnung des Gleichgewichts einbezogen werden müssten.¹⁸³ Außerdem legte er bei dieser Gelegenheit seinen sogenannten „4-Stufen-Plan“ zur Realisierung eines *Freeze* dar, den er zwei Tage zuvor in Ohio vorgestellt hatte.¹⁸⁴ Aus Sicht der *Freeze*-Kampagne war Brandts Auftritt vor dem Kongress ein voller Erfolg, denn er hatte vorgetragen, was die NWFC hören wollte.¹⁸⁵ Randy Kehler schrieb, dass

„Brandt’s four points were very much in line with the positions the Freeze Campaign had already taken. Specifically, his call for an immediate bilateral halt on most aspects of testing and deployment, at the beginning of negotiations for a comprehensive freeze, was almost identical to our National Committee’s call in June of 1982 for a ‚negotiator’s pause‘ at the beginning of freeze negotiations.“¹⁸⁶

In der Tat befanden sich NWFC und SPD im Herbst des Jahres 1983 in einer „Forderungsgemeinschaft“. Sie nahmen die internationalen Beziehungen und den Stand der Rüstungskontrolle sehr ähnlich wahr und adressierten die Verhandlungen in der Schweiz mit drei identischen Kernforderungen: die Stationierung sollte um ein Jahr aufgeschoben, die Gespräche über die Mittelstreckenraketen (INF) mit denen über die strategischen Langstreckenwaffen (START) zusammengelegt und die Erprobung, Produktion und Stationierung neuer Nuklearwaffen eingefroren werden. Während es in der NWFC anfangs keineswegs unumstritten war, verlängerte Rüstungskontrollgespräche zu for-

¹⁸⁰ Unter ihnen Denis Healey (GB), Joop den Uyl (NL), Joet de Boer (NL), Judith Hart (GB), Irene Petry (B).

¹⁸¹ Vgl. Biermann an Brandt/Bahr: Einladungen von Edward Markey zu Hearings im Amerikanischen Kongress, 1. 9. 1983, AdsD, WBA, A19, 240.

¹⁸² Siehe die Pressedokumentation in AdsD, WBA, A19, 240.

¹⁸³ Abgedruckt in Brandt: Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 157–171, hier S. 158, 162. Siehe auch SPD-Pressemitteilung 587/83, 30. 9. 1983; ein hs. Entwurf des Statements in AdsD, WBA, A19, 240; Exzerpte in WHMC, sl 454 NNWFC, b 6, f 167; Claudia Jensen: Willy Brandt in den USA: Werben für Kompromiss, in: *Vorwärts*, 6. 10. 1983, S. 4.

¹⁸⁴ Dazu Brandt Commission Research: Willy Brandt to make Global Policy Statement in Ohio [Press Release], 13. 9. [1983], WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 52; Botschaft Washington an das Auswärtige Amt, 4. 10. 1983, AdsD, WBA, A19, 240.

¹⁸⁵ Allerdings waren nur etwa 20 Abgeordnete und Senatoren zu der Anhörung erschienen, vgl. F. Fischer: Interesse, S. 309.

¹⁸⁶ Kehler an Local Freeze Organizers: Willy Brandt Appeal, 1. 12. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11241; bereits Kehler an Organizers of October Euromissile Demonstrations: Euromissile/Freeze Proposal by Willy Brandt, 12. 10. 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 52; sowie Freeze Newsletter, Vol. 3, No. 7, Dezember 1983, WHMC, sa1039 NNWFC Addenda, Accession 10/9/98, b 14, f Armaments-Nuclear Freeze Campaign.

dern,¹⁸⁷ war die *Freeze*-Idee ein US-amerikanisches Konzept, das die SPD adaptierte.¹⁸⁸ Dabei handelte es sich nicht um einen Transfer im eigentlichen Sinne. Denn in der SPD hatte die Moratoriumsidee unabhängig von der NWFC zahlreiche Anhänger, und sie war seit 1979 eine beliebte Forderung gewesen, wenn Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen aller Couleur über die Stationierung sprachen. Aber so konsequent in einem globalen und beiderseitigen Rahmen wie die NWFC dachte sie in der SPD niemand – bis die Amerikaner der SPD nahelegten, sie aufzunehmen. Sie taten dies freilich aus dem Kalkül heraus, dass eine politische Forderung dringlicher wirkte, wenn sie unisono auf beiden Seiten des Atlantiks angestimmt wurde. Deshalb war die imaginierte Deutungsgemeinschaft in ihrem Kern ein Zweckbündnis. Der Kölner Parteitagbeschluss lehnte die Nachrüstung schließlich ab und forderte stattdessen das „Einfrieren zunächst des Testens und Stationierens, dann aber auch der Produktion nuklearer Waffen und Trägersysteme von einem vereinbarten Zeitpunkt an“.¹⁸⁹ So waren sowohl die sozialdemokratische als auch die US-amerikanische Nachrüstungskritik eingebunden in ein transatlantisches Geflecht von Gedanken und Motiven.

Wer sich in der SPD und der NWFC mit dem jeweiligen Gegenüber vernetzte, dem war daran gelegen, sich selbst als Teil einer Deutungsgemeinschaft zu imaginieren. Meist stellten Führungspersonen diese Kontakte her, doch auch die SPD-Basis erkannte die Chancen, die sich ihr boten. Sowohl Sozialdemokratie als auch *Freeze*-Kampagne meinten von den Netzwerken zu profitieren, mit denen sie sich in verschiedenen nationalen Kontexten legitimierten. Darüber hinaus machte die SPD im Umgang mit der NWFC die Erfahrung, dass außerparlamentarischer Protest nicht zwangsläufig belastend sein musste. Während große Teile der SPD die westdeutsche Friedensbewegung als Gefahr begriffen, galt ihnen die einflussreichste Protestgruppierung in den USA als ein Reservoir, aus dem sie Argumentationszusammenhänge schöpfen konnte, die ihren Standpunkt untermauerten. Was sich auf den ersten Blick paradox ausnimmt, war bei genauerem Hinsehen eine Konsequenz der diametral entgegengesetzten Präferenzen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die SPD-Führung tat sich lange Zeit schwer mit den systemexternen Lösungsvorschlägen der westdeutschen Friedensbewegung; mit dem Ansatz der NWFC konnte sie sich hingegen identifizieren, denn diese vertrat eine sehr ähnliche Rüstungskontrollpolitik wie sie selbst.

3. Neue Protestformen und der Wandel der politischen Konfliktkultur

So wie sich der Streit um die Atomraketen immer weiter zuspitzte, die Stationierung näher rückte und die Einigkeit der SPD verging, so besann sich eine wachsende innerparteiliche Gruppe darauf, dass sie mit dem Protest mehr verband als trennte. Diejenigen SPD-Mitglieder, die zwischen 1981 und 1983 gegen die Nachrüstung auf die Straße gingen, lernten auch die Ausdrucksmittel der Friedensbewegung kennen und schätzen. Sie erprobten neue Möglichkeiten, politischen Widerstand zu artikulieren, und integrierten

¹⁸⁷ Dazu Barbara Roche an National Committee Members: Development of Euromissile Strategy, 3. 6. 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 50. Der Beschluss, den Stationierungsaufschub zu fordern, fiel im Mai 1983: Minutes of the Executive Committee Meeting, 18. 5. 1983, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 55.

¹⁸⁸ Dazu der Briefwechsel zwischen Christopher Paine und Egon Bahr: Paine an Bahr u. a.: Memorandum: INF Negotiations, The Freeze, and the SPD Position, 16. 5. 1983, S. 3f., AdsD, WBA, A11.13, 80.

¹⁸⁹ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 199.

sie in ihr Handlungsrepertoire. Die neuen Protestformen zeichneten sich dadurch aus, dass mit ihnen Dissens spontan und aktionistisch, manchmal auch expressiv geäußert werden konnte. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen eigneten sie sich in dem Maße an, wie sie sich in der Friedensbewegung engagierten. Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Oktober 1983, als viele Parteimitglieder an der bundesweiten „Aktionswoche“ der Friedensbewegung teilnahmen. Die Rede Willy Brandts auf der Bonner Hofgartenwiese symbolisierte die Annäherung zwischen Partei und Bewegung. Das Ausmaß, in dem insbesondere jüngere und weibliche SPD-Mitglieder die Handlungsweisen der Friedensbewegung zu ihren eigenen machten und in die Partei trugen, ist ein Indiz dafür, wie stark die SPD in ihrer Selbstgewissheit und innerparteilichen Tradition erschüttert wurde.

Den Streit um die Atomraketen muss man als Geschichte erzählen, wie sich SPD und Friedensbewegung schrittweise annäherten. Selbstverständlich oder gar unausweichlich war dieser Prozess nicht. Während viele Sozialdemokraten an der Parteibasis seit 1980/81 in der Bewegung mitwirkten, zog die SPD-Führung lange eine klare Grenze zum Protest.¹⁹⁰ Dass die Jusos zu einer gemeinsamen Demonstration mit Friedensgruppen aufriefen, galt noch 1982 als nicht akzeptabel.¹⁹¹ Selbst Willy Brandt, der die neuen sozialen Bewegungen in die SPD integrieren wollte, um seiner Partei neue Wählergruppen zu erschließen, schrieb 1981, dass „Friedensbewegungen, die keine in Wahlen erworbene Legitimation haben“, wohl „Anstöße geben“ könnten, die „politische Verantwortung“ jedoch „andere übernehmen“ müssten.¹⁹² Bis lange nach dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 flüchtete sich die Parteiführung in Beschwichtigungen. Bundesgeschäftsführer Glotz setzte auf „Diskussion“ mit der Friedensbewegung und „einen gegenseitigen Lernprozeß“.¹⁹³ Aber selbst durch das Erich-Ollenhauer-Haus tönnten die Stimmen, die die SPD mit der Friedensbewegung versöhnen wollten. Wolfgang Biermann arbeitete in der Bewegung mit; auch Rüdiger Reitz, Referent für die Kontakte zur evangelischen Kirche und zuständig für die Sicherheitspolitische Kommission, machte aus seiner Nachrüstungskritik keinen Hehl.¹⁹⁴ Dass der Münchner Parteitag im April 1982 beschlossen hatte, erst nach dem Ende der Verhandlungen über die Nachrüstung zu entscheiden, erwies sich als kaum mehr vermittelbar, nachdem die SPD im Herbst 1982 aus der Regierung ausgeschieden war.¹⁹⁵ Dennoch bekräftigte das Präsidium ein ums andere Mal, bei der in München festgelegten Linie bleiben zu wollen.¹⁹⁶ Die Parteibasis hatte es da einfacher. Immer mehr Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke lehnten die Raketenstationierung unabhängig davon ab, was die Genfer Gespräche brachten, und arbeiteten in der Friedensbewegung mit.¹⁹⁷

¹⁹⁰ So Schubert an Koschnick, 12. 1. 1981, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 7.

¹⁹¹ Siehe Glotz an Brandt/Wischnewski: Demonstration der Friedensbewegung anlässlich des NATO-Gipfels, 6. 4. 1982, AdsD, WBA, A11.3, 49.

¹⁹² Brandt: Vorwort.

¹⁹³ Glotz an Elly G., 16. 11. 1981, AdsD, 2/PVEH000304.

¹⁹⁴ Reitz: Grundpositionen für die Auseinandersetzung mit der außerparteilichen Friedensbewegung, auch in den Kirchen, undatiert, AdsD, 2/PVAD000026.

¹⁹⁵ Dazu kritisch Walter Greiner an Brandt, 18. 8. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10929; Rainer Trampert/Lukas Beckmann an Brandt, 13. 10. 1983, AdsD, Bestand AGDF, 9.

¹⁹⁶ Zum Beispiel Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 8. Mai 1983, S. 3, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 219.

¹⁹⁷ Exemplarisch: „Wir, die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Mönchweiler, vom 23. 10. 1981, zählen uns zur Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland.“ Wolfgang Preuß an Brandt, 31. 10. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11236.

Schon 1981 hatte das Erich-Ollenhauer-Haus versucht, mit der Friedensbewegung ins Gespräch zu kommen – freilich noch aus einer paternalistischen Warte der Selbstgewissheit. Eine großangelegte Verständigungsoffensive war das „Forum Frieden“, zu dem der Parteivorstand für den 27. August 1981 einlud. Es zielte auf „Kontaktaufnahme des PV mit Friedensgruppen und Abrüstungsinitiativen, ausgenommen kommunistisch gesteuerter Kampagnen.“¹⁹⁸ Die SPD-Zentrale wollte über ihren Standpunkt informieren und „erfahren, welche Faktoren in der zurückliegenden Diskussionsphase das Auseinanderrücken von SPD und den verschiedenen Friedensgruppen verursacht haben“. Sie wollte, wie es in einem anderen Schriftstück hieß, „die Friedensbewegung durch die Versachlichung strittiger Fragen [...] stärken“.¹⁹⁹ Gert Bastian, Petra Kelly, Josef Leinen, Rudolf Bahro und Carola Stern kamen deshalb in das Erich-Ollenhauer-Haus, um mit Vertretern des SPD-Vorstandes vor Publikum zu sprechen.²⁰⁰ Zwar sagte Bundesgeschäftsführer Glotz wenige Tage später im Präsidium, das Forum sei insgesamt „gut gelaufen“,²⁰¹ doch brachte es kaum inhaltliche Fortschritte.²⁰² Selbst das „Sozialdemokrat Magazin“ räumte ein: „Standpunkte wurden vorgetragen, verändert wurden sie nicht.“²⁰³ Konnte die SPD-Führung im Sommer 1981 gar nicht anders, als auf gelingende rüstungskontrollpolitische Verhandlungen zu hoffen, war sich die Friedensbewegung ihrer Opposition gegenüber der Logik des Doppelbeschlusses sicher. Außerdem war sie zwar zum Dialog mit der SPD bereit, wollte aber ihre Unabhängigkeit wahren.²⁰⁴ Einige ihrer Führungsfiguren arbeiteten bei den Grünen mit, und parteipolitische Rivalitäten behinderten den Dialog.²⁰⁵ Durch die Sozialdemokratie selbst zog sich ein Riss.²⁰⁶

Nachdem der innerparteiliche Widerstand aber immer größer geworden war, die Koalition mit der FDP 1982 gescheitert und die SPD in die Opposition gegangen war, nach-

¹⁹⁸ Die Entspannungspolitik fortsetzen. Die SPD im Dialog mit Friedensinitiativen. Vorschlag für die Veranstaltung am 30. 6. 1981, undatiert, AdsD, 2/PVAD000005.

¹⁹⁹ Vorschlag für den Ablauf des Forums Frieden am 27. 8. 1981, undatiert, S. 1, AdsD, 2/PVAD000005.

²⁰⁰ Vgl. Apel u. a.: Sicherheitspolitik; Forum Frieden: Es geht um mehr als den Doppelbeschluss, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 16/1981.

²⁰¹ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 31. 8. 1981, S. 3, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 170.

²⁰² Dazu das Echo in der Presse: SPD-Dialog mit der „Friedensbewegung“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29. 8. 1981; Bernd C. Heßlein: Annäherung durch Wandel? Die SPD beginnt den Dialog mit der Friedensbewegung, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 6. 9. 1981.

²⁰³ Forum Frieden: Mut zur Disharmonie, in: *Sozialdemokrat Magazin*, 9/1981, S. 16; Krönke: Suche nach der Strategie zum Frieden. „Forum Frieden“ der SPD: Meinungsunterschiede wurden nicht verkleistert, in: *Vorwärts*, 3. 9. 1981, S. 6.

²⁰⁴ Siehe dazu Volkmar Deile an Helmut Hild: Vorschlag für eine Dialogreihe Parteien – christliche Friedensbewegung, 22. 10. 1981, AdsD, 2/PVAD000026.

²⁰⁵ So exemplarisch Kelly an Apel, 1. 9. 1981, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 6; Kelly/Lukas Beckmann an Glotz, 26. 4. 1982, AdsD, 2/PVEH000304; Günter Bannas: Die SPD und die Grünen: Miteinander gegeneinander, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. 10. 1983.

²⁰⁶ Als der Bonner Dietz-Verlag eine Mitschrift des „Friedensforums“ veröffentlichen wollte, regte sich bei einigen Schmidt-Getreuen Widerstand gegen Titel und Form des Buches. Klaus von Schubert schrieb an den Verlagslektor: „Warum heißt der Band nicht wie die Veranstaltung, die er dokumentieren soll ‚Forum Frieden‘? Der Titel ‚Sicherheitspolitik contra Frieden‘ entspricht der gängigen Unterstellung gegenüber der SPD als Regierungspartei, nicht aber der programmatischen Intention unserer politischen Arbeit. Obendrein wird das Fragezeichen hinter dem Titel durch das Bild einer Eisenbahnschiene, die auf einen Totenkopf zuführt, in ein Ausrufezeichen verwandelt. Der Titel in Verbindung mit diesem Bild hat die Wirkung eines Plakates gegen die Absicht, die wir mit dem Forum Frieden verfolgt haben.“ Schubert an Martin Lindner, 9. 12. 1981, und die Antwort vom 18. 12. 1981, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 7.

dem Helmut Schmidt die politische Bühne verlassen und die Bundestagswahl im März 1983 für die Partei ein katastrophales Ergebnis gebracht hatte, nachdem schließlich die Genfer Rüstungskontrollpolitik immer aussichtsloser und die außerparlamentarische Bewegung immer mächtiger geworden war, vollzog die SPD-Führung ihren Schwenk: Sie forderte alle Mitglieder auf, sich in die Friedensbewegung einzureihen. Im „Beschluss zu friedenspolitischen Aktivitäten“ vom Juni 1983 bezeichnete der SPD-Vorstand die Bewegung „als mitunter unbequemen, manchmal die Grenze zwischen Wunsch und Wirklichkeit überschreitenden Bundesgenossen im Ringen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik, um das Anhalten der Rüstungsspirale und um Abrüstung“.²⁰⁷ Die SPD sei „bereit, sinnvolle Forderungen aus der Friedensbewegung in der parlamentarischen Arbeit aufzugreifen und einzubringen“. Dieser Beschluss, den eine eigens zusammengerufene Arbeitsgruppe formulierte, verkündete den Schulterchluss von SPD und Friedensbewegung.²⁰⁸ Alle Mitglieder sollten „Informationsveranstaltungen [...] im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis 22. 10. 1983“ durchführen, „Diskussionsforen und Podiumsdiskussionen in der Trägerschaft von örtlichen Gruppen der Friedensbewegung“ organisieren, „Unterschriftensammlungen für Petitionen an den Deutschen Bundestag“ durchführen und „Sondersitzungen der örtlichen Gemeindevertretungen/Kreistage zu friedenspolitischen Themen“ anstoßen sowie sich allgemein „an friedlichen Aktionen wie Friedensfesten, Demonstrationen und Kundgebungen auf regionaler und Bundesebene“ beteiligen.²⁰⁹ Die einstmals so säuberlich in Partei und Bewegung, in parlamentarische und außerparlamentarische Kraft geschiedene sozialdemokratische Welt war auf den Kopf gestellt.

Dass mittlerweile auch prominente SPD-Mitglieder in der Friedensbewegung mitarbeiteten, die sich vor nicht allzu langer Zeit abgegrenzt hatten, verdeutlichte Brandts Rede zur großen Bonner Demonstration am 22. Oktober 1983.²¹⁰ Während die Protagonisten der Friedensbewegung im August 1981 zum „Friedensforum“ noch ins Erich-Ollenhauer-Haus gebeten worden waren, brachte seine Anwesenheit im Hofgarten zwei Jahre später zum Ausdruck, wie stark sich die SPD auf die Protestierenden zubewegt hatte. Brandt galt zu diesem Zeitpunkt neben Erhard Eppler längst als Symbolfigur der Nachrüstungsgegner.²¹¹ Er machte keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass die SPD neue Wählergruppen dringend gebrauchen konnte. Aus der Bewegungsperspektive war er jedoch Vorsitzender der Partei, die den Doppelbeschluss lange mitgetragen hatte, und so blieb seine Rede im Hofgarten umstritten. Insbesondere den Grünen war ein Auftritt des SPD-Vorsitzenden nicht geheuer.²¹² Sie wollten sich von der SPD nicht vereinnahmen lassen und

²⁰⁷ Friedenspolitische Aktivitäten. Beschluß des SPD-Vorstandes vom 27. 6. 1983, S. 22.

²⁰⁸ Biermann: Ergebnisprotokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe „Friedensaktivitäten“ vom 27. 5. 1983, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11183; Glotz an die Mitglieder des Präsidiums, 8. 6. 1983, AdsD, WBA, A11.4, 213.

²⁰⁹ Friedenspolitische Aktivitäten. Beschluß des SPD-Vorstandes vom 27. 6. 1983, S. 22.

²¹⁰ Brandt „als einfacher Bürger“ zur Friedensdemonstration, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 10. 1983; Das Programm der Hauptkundgebung in Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Presseerklärung, 20. 10. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²¹¹ Vor der Fraktion sagte er am 13. 9. 1983, dass er die Politik Schmidts seit 1979 nur aus Loyalität mitgetragen habe: Fraktionssitzung am Dienstag, dem 13. 9. 1983, AdsD, Bestand SPD-BTF, X. WP, 2/BTFJ000011.

²¹² Dazu Biermann an Brandt: Zeitungsmeldungen, nach denen die Grünen „beraten, ob W.B. reden darf“, 3. 10. 1983, AdsD, WBA, A11.13, 81; Brandt ungeeigneter Redner auf Friedenskundgebung, in: *die tageszeitung*, 10. 10. 1983; Koordinationstreffen Herbstaktionen am 13. 7. 1983 in Bonn zur Vor-

kritisierten Brandt, der sich nicht auf ein klares Nein zur Stationierung festlegte.²¹³ Manche warnten auch „vor einer schleichenden Verstaatlichung der Friedensbewegung“.²¹⁴

Nichts lag Brandt ferner, als zum „Widerstand“ aufzurufen.²¹⁵ Er sprach im Hofgarten gegen den atomaren Rüstungswettlauf – die Nachrüstung ablehnen wollte er nicht.²¹⁶ Dennoch wertete die Presse seinen Auftritt überwiegend als Zeichen, wie sich SPD und außerparlamentarische Bewegung annäherten.²¹⁷ Und so war er auch gemeint. Brandt suchte die Nähe zu den Demonstranten, um ihnen zu zeigen, dass die SPD ihre Sorgen ernst nehme. Die SPD habe, so erklärte Brandt am Montag nach der Kundgebung im Präsidium, „am letzten Wochenende die Chance wahrgenommen, daß sich nicht alles voll gegen sie entwickelt, was in der Friedensbewegung an positiver Linie steckt“.²¹⁸ Dagegen argumentierte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski, dass es nicht akzeptabel sei, wenn „mit der Friedensbewegung über einen Auftritt von Willy Brandt verhandelt werden müsse. Als unerträglich empfinde er den Versuch, Brandt auf bestimmte Redewendungen festzulegen.“²¹⁹ Kritik kam auch von anderen Parteimitgliedern.²²⁰ Doch mehrheitlich unterstützte die SPD, dass Brandt im Hofgarten aufgetreten war.²²¹ Der Vorstand produzierte unter dem Titel „Der Frieden ist der Ernstfall“ sogar einen knapp halbstündigen Dokumentarfilm über die Kundgebung.²²²

Als sich am Nachmittag des 22. Oktober 1983 zigtausende Demonstranten vor dem Hauptgebäude der Bonner Universität versammelten, war diese „Volksversammlung für

bereitung der Aktionswoche vom 15. bis 22. 10. und zur Volksversammlung für den Frieden in Bonn am 22. 10. Ein Diskussionsbeitrag von Lukas Beckmann (redigierte Tonbandabschrift), undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642; Wirsching: Abschied, S. 104.

²¹³ Kritik an Brandts Auftritt äußerte im Nachhinein Volkmars Deile, denn der Koordinationsausschuss habe erwartet, „daß Sie ein klares Nein zur Stationierung sprechen würden“. Deile an Brandt, 11. 11. 1983, AdsD, WBA, A11.2, 143; siehe aber auch Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Protokoll der Sitzung vom 8. 9. 1983, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 79; Lukas Beckmann: Wer den Bogen überspannt, ... Keine Instruktionen für die Volksversammlungen für den Frieden am 22. 10. von der SPD. Ein halbherziges NEIN reicht nicht!, 7. 10. 1983, AdsD, Bestand AGDF, 9.

²¹⁴ Die Friedensbewegung darf nicht schleichend verstaatlicht werden. Erklärung von Rainer Trampert (Sprecher im Bundesvorstand der Grünen), 8. 9. 1983, S. 1, AdsD, Bestand AGDF, 9.

²¹⁵ So verlangte es aber Anne Liese Rauch von Brandt: Friedensbewegung, 18. 10. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10912.

²¹⁶ Brandt: Rede im Bonner Hofgarten am 22. 10. 1983 [24. 10. 1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7366.

²¹⁷ So Gunter Hofmann: Einer vom Stamme Zweifel. Der SPD-Parteivorsitzende zwischen Parteiräson und Kampfeslust, in: *Die Zeit*, 28. 10. 1983; aber K. Rüdiger Durth: Die Friedensbewegung fühlt sich hart getroffen. Nachwirkungen des Streits zwischen Brandt und Petra Kelly, in: *Bonner Rundschau*, 25. 10. 1983; Peter Kutschke: Die rechte Suche nach dem hässlichen Demonstranten. Willy Brandt spricht auf Friedenskundgebung, in: *Vorwärts*, 20. 10. 1983, S. 1.

²¹⁸ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 24. 10. 1983, S. 5, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 231; SPD-Präsidium stellt sich hinter Brandt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19. 10. 1983; Brandt als Gast der Friedensdemonstranten. Billigung durch das SPD-Präsidium, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 21. 10. 1983.

²¹⁹ So hieß es in Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 24. 10. 1983, S. 6, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 231.

²²⁰ Siehe Ludwig Theis an den SPD-Parteivorstand: Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt am 22. Okt. 1983 anlässlich der Friedenskundgebung in Bonn, 9. 11. 1983, AdsD, 2/PVEH000459.

²²¹ So exemplarisch Beschluß des Juso-Bezirksvorstandes Rheinland/Hessen-Nassau, 25. 10. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7796; Schlußbemerkung von Hans-Jochen Vogel vor der Fraktion am 25. 10. 1983, in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Nr. 1699, 26. 10. 1983.

²²² Vgl. Jahrbuch der SPD 1982–83, S. 207.

den Frieden“ der Höhepunkt landesweiter Proteste.²²³ Überall in der Republik fanden an jenem Samstag Aktionen statt, häufig getragen von SPD-Mitgliedern.²²⁴ In Hamburg zogen Demonstranten von Stadtteilen, Straßen, Betrieben und Schulen, die sich atomwaffenfrei erklärt hatten, auf dezentralen Routen zum Rathausmarkt.²²⁵ Vor dem Schöneberger Rathaus versammelten sich Berliner und skandierten „Nachverhandeln statt Nachrüsten“. Zwischen Stuttgart und Ulm reichten sich Friedensaktivisten für eine 108 Kilometer lange Menschenkette die Hände.²²⁶ Viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen folgten dem Aufruf der SPD-Spitze und reisten dorthin, wo Demonstrationen und Kundgebungen stattfanden.²²⁷ Nach Bonn kamen sie aus der ganzen Republik, denn hier war das Epizentrum des Protests.²²⁸ Sie bildeten eine Menschenkette um das Regierungsviertel,²²⁹ formten einen „Menschenstern“ zu den Botschaften der Atommächte²³⁰ und riefen alle Einwohner der Bundeshauptstadt auf, Symbole an die Häuser oder in die Fenster zu hängen, durch die sie sich solidarisch mit dem Protest erklärten.²³¹ Über die gesamte Stadt verteilt organisierten sie phantasievolle Aktionen.²³² Da gab es ein „Forum der Christen und anderer Religionsgemeinschaften“ auf dem Münsterplatz, ein „Forum der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen“ auf dem Marktplatz, ein „Forum Antimilitarismus und internationale Solidarität“ auf dem Friedensplatz und ein „Frauenforum“ am Stadtgarten, wo Heidemarie Wiczorek-Zeul über „Kriegsgefahr in Europa und Mittelamerika“ sprach.²³³ Viele SPD-Mitglieder trafen sich auf der Poppelsdorfer Allee hinter dem Hauptbahnhof. Dort fand das „Forum der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialer Einrichtungen, der Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen“ statt. Als erster Redner sprach hier Rudolf Maerker, der Vorsitzende der SPD Mittelrhein. Auch der Bremer Sena-

²²³ Zur Vorbereitung siehe Protokoll, Sitzung des Koordinationsausschusses (KA) am Donnerstag, 4. 8. 83, 13:00 Uhr, Rheinterrassen Bonn, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²²⁴ So organisierte die SPD in Düsseldorf fast alle Aktionen gemeinsam mit lokalen Initiativen, siehe SPD-Unterbezirk Düsseldorf: Aufruf zur Friedenswoche an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Düsseldorfs [28. 9. 1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²²⁵ Dazu Dorothee Stapelfeldt: Friedenspolitische Aktivitäten der Hamburger SPD im Herbst 1983, Vorlage für die Landesvorstandssitzung am 29. 8. 1983, 25. 08. 1983; AHS, Korrespondenz.

²²⁶ Dazu Süddeutsche Herbstpost Nr. 6, 1983, AdsD, Bestand AGDF, 9; Protokoll der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Süddeutschland am Samstag/Sonntag, den 4./5. 6. 1983 in Ulm, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7366.

²²⁷ Siehe den Aufruf der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Münchner Gewerkschaftshaus, der nicht nur „alle Arbeiter, Angestellten und Beamten“ zur Teilnahme an der Stuttgarter Friedensdemonstration am 22. 10. 1983 aufrief, sondern gleich eine Reisemöglichkeit ab München in dem eigens gemieteten Sonderzug anbot. Fahrkarten gab es für 24 DM zu kaufen, in: Biermann/Arbeitsgruppe Friedensaktivitäten: [Zusammenstellung von Aktionsbeispielen aus den verschiedenen Parteibezirken, sowie Diskussions- und Argumentationsmaterial], 14. 9. 1983, S. 16, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²²⁸ Vgl. Bothien: Demo, S. 86-98.

²²⁹ Dazu Biermann/Arbeitsgruppe Friedensaktivitäten: [Zusammenstellung von Aktionsbeispielen], 14. 9. 1983, S. 9-11, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²³⁰ Dazu AG Volksversammlung Bonn 22. 10. 83/Unter-AG Menschenkette, Ergebnisprotokoll vom 17. 8. 1983, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²³¹ Dazu Andreas Buro: Ziele und Formen der Herbstaktionen '83 der Friedensbewegung (Entwurf), 5. 3. 1983, AdsD, Bestand IFIAS, 1.

²³² Vgl. auch Fahlenbrach/Stapane: Strategien, S. 232; Wick: Bild.

²³³ Pershing II Cruise Missiles Nein! Bonn, 22. 10. 1983, Volksversammlung für den Frieden, Programm, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642; auch 1. Rundbrief zum Widerstandstag der Christen und anderer Religionsgemeinschaften [1983], AdsD, Bestand AGDF, 9.

tor Henning Scherf und andere Sozialdemokraten votierten auf der Poppelsdorfer Allee gegen die Atomraketen. Kinder, die mit ihren Eltern nach Bonn gekommen waren, konnten sich auf dem Marktplatz friedenspolitisch unterhalten lassen.²³⁴

In der „Volksversammlung“ gipfelte die „Aktionswoche“ der Friedensbewegung.²³⁵ Sie war im Erich-Ollenhauer-Haus minutiös vorbereitet worden.²³⁶ Der Parteivorstand schlug den Gliederungen diverse Aktionen, Flugblätter, Wandzeitungen, Stelltafeln und Infostände vor. Er richtete eigens einen Arbeitsstab ein, der Kontakt zum Koordinierungsbüro der Friedensbewegung hielt, und rief die Ortsvereine dazu auf, den verschiedenen Friedensinitiativen „im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten Kapazitäten zur Verfügung“ zu stellen, damit diese „nicht zu sehr von anderen Gruppierungen abhängig werden“.²³⁷ Die SPD mobilisierte ihre Ressourcen, um die Protestbewegung zu stärken. Ortsvereine unterstützten lokale Friedensgruppen und stellten häufig überhaupt erst deren Schlagkraft und Kampagnenfähigkeit her.²³⁸ Wie weit war doch der Weg gewesen, den die Sozialdemokratie zurücklegen musste, um dorthin zu gelangen, wo sie nun stand.

Dass die SPD-Frauen und die Jusos nicht erst seit 1983 in der Friedensbewegung mitarbeiteten, den Koordinationausschuss in Bonn mit Vertretern bzw. Beobachtern beschieden und ihre organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst der gemeinsamen Sache stellten, schlug sich auch darin nieder, dass sie jeweils einen Tag der Aktionswoche maßgeblich mitgestalteten. Die ASF war am Montag auf den Straßen und Plätzen der Republik präsent.²³⁹ Dieser „Tag der Frauen“ sollte illustrieren, dass die Abrüstungsforderung für sie untrennbar mit der Beseitigung von sozialen Unterschieden zwischen Frau und Mann verbunden sei.²⁴⁰ Auch die Jusos sahen sich als integralen Bestandteil der Friedensbewegung.²⁴¹ Während der Aktionswoche traten sie vor allem am Mittwoch, dem „Tag der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialer Einrichtungen“ hervor.²⁴² Mit der Gewerk-

²³⁴ Zusammenfassend: Durchbruch für die internationale Friedensbewegung/Misstrauensvotum gegen Regierung. Pressemitteilung Nr. 438/83, 23. 10. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 1.

²³⁵ Vgl.: Es ist an der Zeit: Sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land! [1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135; Beschluß der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17. 4. 1983 (Aufruf für Herbstaktionen), (Mitschrift), undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²³⁶ Siehe Organisatorische Hinweise für friedenspolitische Aktivitäten, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 13/1983, S. 1f.

²³⁷ Interne Hinweise für die Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis 22. 10. 1983, undatiert, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 223.

²³⁸ So zum Beispiel: Grundsatzklärung der SPD Schöneberg zu den Herbstaktionen der deutschen Friedensbewegung 1983 (beschlossen auf der Kreisdelegiertenversammlung am 9. 9. 1983), in: *SPD. Mitteilungen des Kreises Schöneberg*, Oktober 1983, S. 1.

²³⁹ Dazu Vorläufiges Protokoll der Bundesvorstandssitzung der ASF vom 27. Mai 1983, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9609; Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Rundbrief zu den Friedensaktionen im Herbst 1983, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²⁴⁰ Vgl. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Frauen in der SPD: Für Frieden und Abrüstung [1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²⁴¹ Vgl. Jungsozialisten Landesverband Baden-Württemberg: Interner Bericht über Vorbereitungstreffen zur süddeutschen Aktionskonferenz der Friedensbewegung, 15. 5. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7659; Jungsozialisten Landesverband Bremen: Rundbrief, Aktuelle Informationen zur Friedensfrage, 25. 6. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7622.

²⁴² Dazu Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Rundbrief, Aktionswoche 15.–22. 10. 1983, 14. 7. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

schaftsjugend, Betriebsgruppen und den Arbeitnehmern in der SPD (AfA) warben sie für Abrüstung. Daneben organisierten sie am Vorabend der „Volksversammlung“ eine „Bonner Friedensnacht“ mit bekannten Musikbands.²⁴³ Wie eng sie mit der Bewegung zusammenarbeiteten, zeigte sich daran, dass das Juso-Bundessekretariat als eine der Koordinationsstellen für die Aktionswoche fungierte²⁴⁴ und eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 6000,- DM für Verbindlichkeiten übernahm, die dem Koordinationsausschuss am 22. Oktober 1983 entstanden.²⁴⁵

Sozialdemokratie und Friedensbewegung profitierten wechselseitig voneinander. Während Ortsvereine, ASF und Jusos mit ihrer Organisationsfähigkeit ein umfangreiches *Know-how* in die Bewegung einspeisten, waren sie auf Anregungen aus den Protestgruppen angewiesen, wenn es darum ging, den traditionsreichen sozialdemokratischen Handlungsraum zu erweitern.²⁴⁶ Denn dieser Raum war durch enge Grenzen definiert. So alt und ehrwürdig die Arbeiterbewegung in ihrem Selbstverständnis war, so klar war festgelegt, wie ihre Angehörigen handeln durften.²⁴⁷ Wenn sie ihren Forderungen nonverbal Ausdruck verleihen wollten, dann geschah stets etwas Vorhersehbares: Politisch und habituell relativ homogene, sozialdemokratische Arbeitertypen marschierten von einem Ausgangs- zu einem Endpunkt, beklatschten Reden und schwenkten Fahnen. Ihr Protest war ritualisiert und verlief meist sehr diszipliniert. Er bestand aus Demonstrationen, Ostermärschen, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen und richtete sich auf einen Zweck: die machtvolle Artikulation der Gleichberechtigungsforderung. Hier war die Friedensbewegung einfallsreicher. Wer gegen die Nachrüstung protestierte, tat dies nicht nur, indem er sich auf die Straße stellte und Flugblätter verteilte. Aktivistinnen und Aktivisten formten symbolische Kollektivkörper: Sie bildeten Menschenketten, hielten Mahnwachen, trafen sich zu Schweigekreisen, besetzten öffentliche Räume, inszenierten das Massensterben bei einem Atomangriff mit *Die-ins* und „Menschenteppichen“, führten ein Theaterstück auf oder verliehen ihrer Betroffenheit mit anderen kreativen Ideen Ausdruck.²⁴⁸

Gemeinsam war den Protesten, dass sie „den Körper als Instrument wie als Gegenstand des Politischen akzentuierten“.²⁴⁹ Dass der menschliche Körper im Zentrum der Aktionen stand, war elementar. Denn er transportierte eine Botschaft und war in seiner Sichtbarkeit selbst das Argument; er artikuliert Widerspruch gegen eine Entwicklung, als deren erstes Opfer er sich sah. Die Aktionen der Friedensbewegung „waren dabei in doppelter Hinsicht performativ: hier vereinten sich individueller und kollektiver Körper-einsatz als Protest im Vollzug“.²⁵⁰ Erst die Körperpraktiken der Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner gaben ihrem Standpunkt seine volle Bedeutung. Sie waren nicht wie

²⁴³ Vgl. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Aktionsinfo Frieden, Bonn 22. 10. [1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²⁴⁴ Ebenda, S. 3.

²⁴⁵ Dazu Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos) an den Koordinationsausschuss der Friedensbewegung, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7622; Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Sitzung des KA am 8. 9., 13 Uhr, Rheinterrassen, Protokoll – Teil 2, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 79.

²⁴⁶ 1980 galt eine „Fahrrad-Demo“ noch als ausgefallene Aktionsidee, siehe Vorstand der Jungsozialisten im UB Aachen: Fahrrad-Demo gegen Militarismus [Aufruf], 7. 9. 1980, AdsD, 2/PVEK000056.

²⁴⁷ Zur Geschichte dieser Protestformen Balistier: Straßenprotest, S. 28–33, zu ihrer Analyse S. 34–50; auch Reiss: Stage.

²⁴⁸ Nach Balistier: Straßenprotest, S. 50–61.

²⁴⁹ Schregel: Atomkrieg, S. 228; Pabst: Körper; Reichardt: Inszenierung; Warneke: Aktionsformen.

²⁵⁰ Fahlenbrach/Stapane: Strategien, S. 236.

Demonstrationen und Kundgebungen eindrucksvolle Inszenierungen von Macht und Stärke. Im Gegenteil: Sie waren Ausdruck von physischer Ohnmacht und Schwäche angesichts der nuklearen Bedrohung, während sie gleichzeitig für die moralische Überlegenheit standen, die sich die Protestierenden selbst zuschrieben. In jedem Fall sollten sie Ausdruck der „Authentizität“ und des persönlichen *Commitments* sein, nach der die Aktivistinnen und Aktivisten suchten.²⁵¹ Deshalb hatten sie mehr als nur symbolischen Charakter: Was Aktivisten taten, war ein kommunikativer Akt in der Auseinandersetzung mit den Befürwortern der Stationierung und dem Anspruch nach mithin die grundstürzende Veränderung von Wirklichkeit.

Die Ausdrucksmittel der Friedensbewegung gelangten auch in die SPD. Demonstrationen und Kundgebungen wurden nun Bestandteile eines komplexen Aktionsdesigns.²⁵² Langjährige SPD-Mitglieder zogen mit langhaarigen Friedensaktivisten durch die Straßen und erprobten neue Wege, Widerspruch zu artikulieren. Und Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die sich in örtlichen Friedensgruppen engagierten, trugen diese Praktiken in die Ortsvereine und Unterbezirke. Wurde in abendlichen Sitzungen darüber beraten, wie die örtliche SPD ihre Nachrüstungskritik äußern konnte, dann standen nicht mehr bloß Demonstrationen und Kundgebungen zur Auswahl, sondern auch *Die-ins*, Mahnwachen und Straßentheater. Das veränderte die Partei und ihr historisch gewachsenes Selbstverständnis. Einen anschaulichen Einblick in die Protestkulturen an der Parteilinie vermittelt ein 23-minütiger Film über einen Ortsverein in der Eifel.²⁵³ Er zeigt, dass die Aktionen, welche die Genossinnen und Genossen in den frühen achtziger Jahren durchführten, ihre Vorbilder ganz ohne Zweifel in dem hatten, was örtliche Friedensgruppen veranstalteten. Bereits 1977 kamen Jusos in der Frankfurter Innenstadt zu einem symbolischen Massensterben zusammen, um gegen die Neutronenwaffe zu protestieren. Dabei hatten sie ihre Protestpraktik bei außerparlamentarischen Gruppen abgeschaut. In einem zeitgenössischen Bericht hieß es:

„Unter Sirenengeheul aus einem Lautsprecherwagen ließen sich etwa 30 junge Leute auf der Frankfurter ‚Zeil‘ fallen und blieben etwa 5 Minuten ‚tot‘ liegen. Dazu Kommentar aus dem Lautsprecher: ‚Achtung, Achtung, hier spricht die Katastropheneinsatzleitung! – Stop der Neutronenbombe! Diese neue Massenvernichtungswaffe läßt Häuser stehen und die Menschen qualvoll und langsam sterben.‘ Anschließend diskutierten die Demonstranten mit den Passanten, von denen einige aggressiv reagierten.“²⁵⁴

Während die Jusos und viele Ortsvereine für ihre Aktionen auf das Protestrepertoire der Friedensbewegung zurückgriffen, versuchte das Erich-Ollenhauer-Haus, eigene Ideen in der SPD-Mitgliedschaft zu popularisieren. Die Parteizentrale sammelte systematisch Aktionsideen, katalogisierte sie und bereitete sie übersichtlich in einer „Checkliste“ auf, die in den Gliederungen der Partei herumgereicht wurde.²⁵⁵ Für die SPD-Zentrale war sie ein geeignetes Mittel, Ortsvereine oder Unterbezirke mit einem homogenisierten Ideenpool zur Umsetzung von Aktionen zu befähigen.

²⁵¹ Vgl. Reichardt: Authentizität, S. 103f., 177–180.

²⁵² Nach Balistier: Straßenprotest, S. 38–40.

²⁵³ Vgl. Jahrbuch der SPD 1982–83, S. 207. Der Film wurde im Erich-Ollenhauer-Haus produziert. Es ging dem Parteivorstand um den „Aufbau einer parteieigenen Videothek“. Ebenda, S. 206.

²⁵⁴ Zit. nach Schregel: Atomkrieg, S. 237f., Anm. 39.

²⁵⁵ Vgl. Biermann/Arbeitsgruppe Friedensaktivitäten: [Zusammenstellung von Aktionsbeispielen], 14. 9. 1983, S. 8, 19–23, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135; Biermann an die Verantwortlichen der Arbeitsgruppen Koordination Friedensaktivitäten, undatiert, AdsD, 1/HWAK000262.

Entscheidend ist: Diese Vorschläge waren weitaus moderater als jene der Friedensgruppen. Die Checkliste empfahl den Mitgliedern Stadtrundfahrten, Straßenumbenennungen, eine „Aktion Kriegsspielzeug“, einen Malwettbewerb für Kinder und die Aktion „Es ist 5 vor 12!“.²⁵⁶ Jede dieser Aktionen sollte dem Nachrüstungsprotest einen bedeutungsgenerierenden Ausdruck geben. Die Stadtrundfahrt wollte nicht die Schönheit eines Ortes vorführen, sondern „historische Stätten des Widerstandes, des Faschismus, der Arbeiterbewegung“ zeigen. Geschichte avancierte wieder einmal zur Folie, auf der die Stationierungskritiker ihre Argumente vortrugen. Die Aktion Kriegsspielzeug hatte dagegen ein pädagogisches Anliegen, denn Kriegsspielzeug war aus sozialdemokratischer Warte für Kinder nicht geeignet. Der Wettbewerb „Kinder malen für den Frieden“ wollte Eltern erziehen, denn „Kinder zeichnen ‚Krieg‘ oft so, daß auch bei Erwachsenen Erkenntnisprozesse eingeleitet werden“.²⁵⁷ Die mit Abstand populärste Aktionsform war jedoch „Es ist 5 vor 12 Uhr!“.²⁵⁸ Im Gegensatz zu Kampagnen wie der Stadtrundfahrt und der Straßenumbenennung handelte es sich dabei um einen Transfer aus der Friedensbewegung. Das Erich-Ollenhauer-Haus zitierte die Bonner „Bürgerinitiative für Abrüstung“, welche den Vorschlag so begründete: „Schlagen Sie Alarm!!! Jede und jeder kann leicht mitmachen und täglich um 5 vor 12 Uhr mittags andere darauf aufmerksam machen, daß es für die Menschheit wirklich 5 vor 12 geschlagen hat.“²⁵⁸ Man könne einen Wecker ins Fenster stellen und klingeln lassen, eine Schweigeminute einlegen, Menschen ansprechen, laut die Uhrzeit sagen, „hupen, klingeln, Töpfe schlagen, schreien, rasseln...“ oder „sich selbst für ‚5 vor 12‘ ganz viel einfallen lassen...“.

Das Aktionsrepertoire der ASF, das sich von den Ideen des Erich-Ollenhauer-Hauses in einigen Punkten unterschied und ebenfalls in Übersichten aufbereitet unter den SPD-Frauen zirkulierte, knüpfte hier an. Die SPD-Frauenorganisation schlug Praktiken mit explizit weiblicher Konnotation vor, wie „Strassentheater mit Sketchen zum Thema Frieden“, „Bäume und Sträucher für den Frieden pflanzen“ oder „als ‚Marktschreierinnen‘ mit Glocken oder Pauken durch die Stadt ziehen“.²⁵⁹ Machte die Pflanzaktion deutlich, dass der (weibliche) Friedensprotest im Gegensatz zur (männlichen) Politik der Supermächte Leben erhalten wollte, zeigten die lärmenden Umzüge, für wie dringlich die ASF-Aktivistinnen die Gefahr hielten. Neu im Protestrepertoire der Frauen waren dabei auch akustische Ausdrucksmittel. Zwar hatten die Jusos Pfeifkonzerte schon in den sechziger und siebziger Jahren als Kommunikationsform etabliert. Doch kollektives Hupen und Trommeln und Klingeln kam erst in den achtziger Jahren auf. Alle diese Aktionen sollten, das war den Frauen wichtig, „bunt und phantasievoll sein, das Schwergewicht auf Informationen und Diskussionen legen und darauf bedacht sein, keine Aggressionen zu erzeugen“.

Der ASF-Bundesvorstand und das Erich-Ollenhauer-Haus versahen ihre Ideen mit präzisen Leitfäden. Sie gerieten mitunter so detailliert, dass sie sich heute wie eine Persiflage lesen.²⁶⁰ So einfallsreich Aktionen auch waren – die Leitfäden weisen sie als standardisier-

²⁵⁶ Biermann/Arbeitsgruppe Friedensaktivitäten: [Zusammenstellung von Aktionsbeispielen], 14. 9. 1983, S. 19–23, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²⁵⁷ Ebenda, S. 23.

²⁵⁸ Ebenda, S. 8.

²⁵⁹ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Rundbrief zu den Friedensaktionen im Herbst 1983, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²⁶⁰ Vgl. Biermann/Arbeitsgruppe Friedensaktivitäten: [Zusammenstellung von Aktionsbeispielen], 14. 9. 1983, insb. S. 19–23, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

te und redundante Handlungen aus. Dazu stellte die SPD-Zentrale den Gliederungen auch umfangreiche Materialien zur Verfügung, die zum Einsatz kommen und sicherstellen sollten, dass die transportierte Botschaft stets die gleiche war. Sozialdemokratische Friedensaktivisten und -aktivistinnen handelten also in einem Spannungsfeld zwischen dem selbstgesetzten Anspruch des Protests, kreativ zu sein, und dem Versuch der Parteizentrale, die Aktionen von SPD-Mitgliedern wiedererkennbar zu machen. Denn das Organisationsprinzip der Sozialdemokratie, das auf Schlagkraft durch Homogenisierung und Planung setzte, befand sich nicht selten in einem Gegensatz zur Spontaneität der außerparlamentarischen Bewegung, die die Protestierenden sich selbst zuschrieben. Jedenfalls erfreuten sich zentral entworfene und geschriebene Boden- oder Wandzeitungen in der SPD-Organisation einer großen Beliebtheit.²⁶¹

Auch wollte die SPD nicht vollständig in der Bewegung aufgehen, sondern achtete darauf, dass sie erkennbar blieb. In der Logik der „Politik der Sichtbarkeit“ unterstrich das Erich-Ollenhauer-Haus, wie wichtig es sei, dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ihre Parteizugehörigkeit offenbarten, wenn sie an Friedensaktionen teilnahmen.²⁶² Dafür bot es Plaketten und Anstecknadeln mit einem einheitlichen Friedenssymbol an, das auch als Aufkleber und Plakat erhältlich war (vgl. Abbildung 2, S. 21). Als die SPD im Bezirk Mittelrhein ihre Mitglieder bat, sich an der Aktionswoche und der Volksversammlung zu beteiligen,²⁶³ da verband sie das mit der Erwartung, dass alle Aktivisten und Aktivistinnen „Parteifahnen und Transparente mit Friedenslosungen“ mitführten.²⁶⁴ Das Bekenntnis zur Sozialdemokratie sollte die Partei von anderen Initiativen und Gruppen unterscheidbar machen. Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker in der SPD trugen das vom Parteivorstand herausgegebene Abzeichen „Vertragen statt rüsten – SPD“, oder sie marschierten „als geschlossener Block von der Poppelsdorfer Allee zum Hofgarten“, wie eine Aktionsanleitung vorschlug.²⁶⁵ Auch die ASF wies ihre Frauen darauf hin, „als möglichst große AsF-Blöcke“ aufzutreten: „angetan mit den jeweils in der Friedensbewegung üblichen Halstüchern, AsF-Buttons und/oder anderem AsF-Zubehör und ausgestattet mit eigenen Plakaten, Flugblättern usw.“²⁶⁶ Die Anstecker, Aufkleber oder Plakate konnten bei einer Mitarbeiterin der Juso-Geschäftsstelle im Erich-Ollenhauer-Haus erworben werden.²⁶⁷ Für Friedensfeste und andere dezentrale Veranstaltungen bot die Geschäftsstelle schließlich ein „Aktionspaket mit 100 Luftballons, Bindfäden und Karten ‚Ich erkläre Dir den Frieden‘ an“.²⁶⁸ Ein solches Paket war schon für 18,- DM zu haben.

²⁶¹ Siehe die Wandzeitung „In Zeiten wie diesen – ehrliche Antworten. SPD“, die neben einer Karikatur von Reagan und Breschnew Argumente für die Politik der SPD plakativ auflistete [1982], AdsD, Plakatsammlung, 6/PLKA013305.

²⁶² Vgl. Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 19, 11. 10. 1983, S. 4, AdsD, 1/HJVA102856.

²⁶³ Siehe den Beschluss: SPD-Bezirk Mittelrhein: Außerordentlicher Bezirksparteitag am 1. 10. 1983 in Köln – Anträge, undatiert, AdsD, 1/HWAK000355.

²⁶⁴ Vgl. SPD-Bezirk Mittelrhein: Volksversammlung Bonn 22. 10. 83, in: *Informationen des Bezirksvorstandes*, 6. 10. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²⁶⁵ Siehe dazu auch SPD-Unterbezirk Bonn an die Mitglieder der SPD Bonn, 1. 10. 1983, S. 1, AdsD, 1/HEAA000875.

²⁶⁶ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Rundbrief zu den Friedensaktionen im Herbst 1983, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

²⁶⁷ Vgl. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Aktionsinfo Frieden, Bonn 22. 10. [1983], S. 6, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²⁶⁸ Ebenda.

Abbildung 5: „Nie wieder Krieg – DGB – Abrüsten statt Aufrüsten“. Anstecker des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Friedensaktionen im Herbst 1983



Die Anstecker, Aufkleber und Plakate zeigten nicht mehr nur die klassischen sozialdemokratischen Protestsymbole wie die „Faust mit Rose“ oder die rote Arbeiterfahne.²⁶⁹ Nun hielten auch neue Symbol- und Zeichensysteme Einzug in die SPD.²⁷⁰ Der Anstecker „Vertragen statt rüsten – SPD“ amalgamierte die Raketen- mit der Sackgassensymbolik (vgl. erneut Abbildung 2, S. 21), während der vom DGB herausgegebene Anstecker „Nie wieder Krieg! Abrüsten statt Aufrüsten!“ mit zerbrochenen Raketen und der daraus wachsenden Rose ein wichtiges Element aus der Formsprache der Arbeiterbewegung zitierte (vgl. Abbildung 5). Die Integration von friedensbewegten Zeichen war komplex. Denn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernahmen die Bildcodes der nicht-parteigebundenen Demonstranten und vermengten sie mit traditionellen Elementen aus der Arbeiterkultur. Wie dieser Prozess funktionierte, zeigt ein Blechbutton der Jusos, der zwischen dem Schriftzug „Jungsozialisten für den Frieden“ Pablos Friedens-Taube mit der in einer geballten Faust stehenden roten Rose kombinierte. Das Juso-Symbol erschien hier wie aufgeklebt, denn die Taube auf blauem Hintergrund dominierte den Button (vgl. Abbildung 6).²⁷¹ Die in der Friedensbewegung häufig anzutreffende „Do-it-yourself-Ästhetik“²⁷² war auch in der SPD verbreitet. Anstecker, Aufkleber und Plakate wirkten improvisiert, wenn sie nicht im Erich-Ollenhauer-Haus entworfen worden waren.

²⁶⁹ Zu diesen älteren Symbolwelten vgl. Süß: Kumpel, S. 263–267.

²⁷⁰ Zu den Zeichen und Symbolen der Friedensbewegung siehe Balistier: Straßenprotest, S. 221f.; Fahlenbrach/Stapane: Strategien, S. 231; aber vor allem Ziemann: Code.

²⁷¹ Knapp aber präzise zur Geschichte der Friedens-Taube als Emblem des Kalten Krieges Doering-Manteuffel: Kampf, S. 29f., 45f.

²⁷² Fahlenbrach/Stapane: Strategien, S. 232.



Abbildung 6: „Jungsozialisten für den Frieden“. Button der Jusos für die Friedensaktionen im Herbst 1983

Wiederum stieß sich die von der Parteizentrale bevorzugte straffe und durchhierarchisierte Arbeits- und Organisationsweise mit den spontanen und kreativen Aktionsideen der SPD-Basis.

Die Symbole und Praktiken der Friedensbewegung gelangten in die SPD, weil sich deren Aktivisten und Aktivistinnen in Friedensgruppen engagierten. Als Doppelmitglieder transferierten sie in ihre Partei, was sie im außerparteilichen Protest lernten. Keinesfalls jedoch darf man das Potential für die Integration der neuen Handlungsformen und Zeichen überschätzen. Denn die Beharrungskräfte blieben sehr groß. Wenn neue Praktiken auf die Lebenswelt der Sozialdemokraten trafen, zeigte sich nämlich häufig, wie sehr langjährige SPD-Mitglieder an das gewöhnt waren, was sie kannten. Sie begriffen sich als Verwalter einer reichhaltigen SPD-Geschichte, die nicht einfach aufgeben wollten, was Generationen vor ihnen geschaffen hatten. Häufig kam es zu erbitterten Konflikten, wenn sich Befürworter und Gegner der Stationierung uneinig blieben, ob und wie sie der Politik von NATO und Bundesregierung widersprechen sollten. Diese Konflikte bildeten den innerparteilichen Streit um die Nachrüstung ab, wie sie ihn weiter vertieften. Es gelang der SPD auch nicht, die Frage nach den angemessenen Ausdrucksmitteln für Dissens produktiv zu beantworten. Vielmehr hörte die spannungsvolle Gleichzeitigkeit von Handlungsformen nicht auf, den sozialdemokratischen Nachrüstungsstreit zu kennzeichnen. Solche älteren Mitglieder, die über viele Jahre in der SPD sozialisiert worden waren, äußerten zwar ihre Kritik an der Raketenstationierung, begegneten den Ausdrucksmitteln der Bewegung aber mit Reserve. Sie hielten an liebgewonnenen Parteiritualen fest und zeigten sich widerständig gegenüber spontaneren und aktionistischeren Handlungsweisen. Traf der typische Sozialdemokrat – er war in der Tat männlich – auf die Wählerin oder den Wähler, geschah das bei Infoständen, Hausbesuchen oder Kundgebungen. Es geschah seltener bei Menschenketten, Schweigekreisen oder gar Massensterben. Das änderte sich

auch während des Nachrüstungsstreits kaum. Die „Checkliste“ des Parteivorstandes rief eben nicht zu Blockaden auf, sondern empfahl Stadtrundfahrten, Straßenumbenennungen und Tauschaktionen für Kriegsspielzeug. „Blutaktionen“ oder „Selbsttötungen“, die in der Friedensbewegung vereinzelt praktiziert wurden, spielten erst recht keine Rolle in der SPD.²⁷³ So erwies sich die Sozialdemokratie nur in ihren besonders nachrüstungskritischen Segmenten als offen und adaptionswillig für neue Protestformen. Sicherlich gelangten diese in großer Zahl in die Partei. Dort hatten sie sich jedoch in erprobte Handlungsmuster einzuweben.

Wer die Atomraketen fürchtete, der bediente sich seines Körpers, um seiner Angst Ausdruck zu verleihen. Doch auch wer ein noch so kleines Gebiet zu einer „atomwaffenfreien Zone“ erklärte, beanspruchte Raum für seine Ziele. Er wollte zeigen, dass umsetzbar war, was seinem Denken Struktur gab. In der SPD waren solche Praktiken spätestens 1983 sehr beliebt. Denn die Sozialdemokratie war in ihrem Selbstverständnis eine Kommunalpartei und wollte als solche den Straßenprotest zurück in die institutionalisierten Bahnen des kommunalen Parlamentarismus holen. Deshalb beantragten ihre Mandatsträger am Freitag vor der großen Volksversammlung – dem „Tag der Ministerien, Parlamente, Stadträte“²⁷⁴ – in unzähligen Stadt- und Gemeinderäten eine Sondersitzung, und Bürgermeister boten Sondersprechstunden für Friedensinitiativen an.²⁷⁵ Stark nachgefragt waren an diesem Tag Musteranträge, mit denen sich eine Gemeinde oder Stadt atomwaffenfrei erklären konnte.²⁷⁶

Wiederum hatte die Parteizentrale generalstabsmäßig vorbereitet, was die unteren Gliederungsebenen vollstrecken sollten. Eine „Checkliste Atomwaffenfreie Zone“ listete auf, welche Punkte Ortsvereine zu beachten hatten, wenn sie ihre Kommune für atomwaffenfrei erklären wollten. Wichtig war: Sie brauchten einen juristisch korrekten Text, für den sie sich in einem Pool von Vorlagen bedienen konnten.²⁷⁷ Als die Stadtverordnetenversammlung in Kassel mit den Stimmen von SPD und Grünen einen solchen Antrag annahm, erklärte sie, „im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen“ unterstützen zu wollen, „die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt Kas-

²⁷³ Schregel berichtet, wie Verteidigungsminister Hans Apel nach einer Diskussion auf dem Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg mit tierischem Blut übergossen worden sei; vgl. Schregel: Atomkrieg, S. 250f. Zu diesen Aktionsformen ebenda, S. 248–253, 263f.

²⁷⁴ Zur Vorbereitung des „Widerstandstages der Parteien, Parlamente, Ministerien“ setzte der Koordinationsausschuss der Friedensbewegung eine Arbeitsgruppe ein. In einer Sitzung sammelten die Mitglieder Ideen für Aktionen der Friedensgruppen vor Ort. Dass das Protokoll der Arbeitsgruppe von Wolfgang Biermann verfasst wurde, verweist zum wiederholten Male auf die Stellung, die der Referent des SPD-Vorstandes in der Protestbewegung einnahm. Biermann: Protokoll der Arbeitsgruppe „Widerstandstag der Parteien, Parlamente, Ministerien“ des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung für die Herbstakti[i]onen; Sitzung vom 19. 7. 1983 in Bonn, undatiert, S. 1f., AdSD, Vorlass Voigt, H 31.

²⁷⁵ Siehe Harald B. Schäfer an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion: [Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages der SPD Baden-Württemberg vom 10. 9. 1983], 13. 9. 1983, AdSD, Bestand SPD-BTF, X. WP, 2/BTFJ000254; Organisatorische Hinweise für friedenspolitische Aktivitäten, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 13/1983, S. 1f.

²⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 4; umfassend zu „atomwaffenfreien Zonen“ Schregel: Atomkrieg, S. 267–328, insb. S. 287–305; siehe auch die kommunalpolitische Mikrostudie bei Kemper: *Entrüstung*.

²⁷⁷ Erich Küchenhoff von der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen“ im Bezirk Westliches Westfalen arbeitete einen solchen Antrag aus: Musterentwurf für eine kommunale Entschliebung, vorgelegt vom Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), in: *Vorwärts*, 10. 3. 1983, S. 15.

sel“ dienten.²⁷⁸ Solche Beschlüsse waren aber denkbar bescheiden. Denn Städte und Gemeinden hatten kaum den Handlungsspielraum, Atomwaffen tatsächlich von ihrem Gebiet fernzuhalten.²⁷⁹ Schließlich nahm die Bundesregierung die außen- und verteidigungspolitischen Hoheitsrechte wahr, schließlich lag die Verfügungsgewalt über Atomwaffen bei den Vereinigten Staaten. So zirkulierten in der SPD umfangreiche juristische Erörterungen, ob und inwieweit Gemeinden das Recht eingeräumt werden könne, sich atomwaffenfrei zu erklären.²⁸⁰ Dabei diskutierten Parteimitglieder nicht nur die Grenzen solcher Beschlüsse, sondern auch ihre Erfolgsaussichten. Der Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt warnte vor einer Glaubwürdigkeitskrise des kommunalen Parlamentarismus, wenn Sozialdemokraten der Illusion erlügen, mit atomwaffenfreien Zonen ließe sich das Risiko eines Atomkrieges verringern.²⁸¹ Entwaffnend ehrlich räumte ein Argumentationspapier des Unterbezirks Köln den symbolischen Charakter dieser Beschlüsse ein.²⁸² Obwohl die praktischen Auswirkungen also gering waren, stellten sie für Friedensgruppen in und außerhalb der SPD ein Mittel dar, um ihre Abrüstungsforderung im kommunalen Umfeld zu praktizieren.²⁸³ Der Berliner Aufruf „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“, der von den Kreisvorständen der SPD Schöneberg und Zehlendorf, den Jusos und der SPD-nahen Gustav-Heinemann-Initiative unterzeichnet wurde, argumentierte 1984, dass ein atomwaffenfreies Berlin Anlass zur Hoffnung geben würde, dass dies auch mit Europa gelingen könne.²⁸⁴

Eine andere Aktionsform blieb in der SPD jedoch umstritten. Blockaden von militärischen Einrichtungen oder Ministerien waren – neben dem Generalstreik oder dem Steuerboykott²⁸⁵ – eine Form des zivilen Ungehorsams, die für Sozialdemokraten die Grenzen dessen infrage stellte, in dem kollektiv verbindlich gesprochen und gehandelt werden durfte.²⁸⁶ Häufig empfand die SPD-Spitze Blockaden als Angriff auf das Gewaltmonopol

²⁷⁸ Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel gegen die Stationierung und Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Stadt Kassel, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642.

²⁷⁹ So auch Glotz an Henning Voscherau, 31. 8. 1983, AdsD, 2/PVEH000267.

²⁸⁰ Vgl. Arbeitskreis Recht der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Empfehlungen zum Problem „Atomwaffenfreie Zone“, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642; Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung der SGK: Friedenspolitik in den Kommunen, undatiert, AdsD, 2/PVEH000267; Küchenhoff: Weise Zurückhaltung: Das Bundesverfassungsgericht und die Gemeinderatsbeschlüsse über Atomwaffen, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 7. 3. 1983, S. 4f.

²⁸¹ Karsten D. Voigt: Diskussion zum Thema „Atomwaffenfreie Zonen“ in Kommunalparlamenten. Vorlage für ASJ-Bundesausschuß am 10./11. 12. 1983, November 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11649.

²⁸² „Atomwaffenfreie Zone“. Argumentationspapier des Unterbezirks Köln, in: SPD-Bezirk Mittelrhein: [Materialien zur Vorbereitung und Durchführung von Friedensaktionen].

²⁸³ Dazu ferner Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Bezirk Mittelrhein: Kampagne „Atomwaffenfreie Zone“, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7622; Jungsozialisten Schleswig-Holstein: [Broschüre zur Friedenspolitik, 1983], S. 46–50, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7605; Rainer Jogschies: Klein Pampau ist überall. Atomwaffenfreie Zonen in immer mehr Gemeinden, in: *Vorwärts*, 17. 2. 1983, S. 9.

²⁸⁴ Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa! Keine Pershing II und Cruise Missiles! Mit der Abrüstung beginnen! [Aufruf der Initiative „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“, 1984], BStU, MfS, BV Berlin XV, 156, Teil 1/2, Bl. 10–13, hier Bl. 11.

²⁸⁵ Dazu Däubler: Ungehorsam. Der Streik war „die klassische Kampfform der historischen Arbeiterbewegung“, während der Boykott meist von neuen sozialen Bewegungen praktiziert wurde. Balistier: Straßenprotest, S. 62–65.

²⁸⁶ Zu „Blockaden“ als Aktionsform vgl. Balistier: Straßenprotest, S. 69–88; Crivellari: Blockade; Schregel: Atomkrieg, S. 242–247. Auch „Besetzungen“ spielten eine Rolle, vgl. Balistier: Straßenprotest, S. 88–107.

des Staates. Für sie war das Gewaltmonopol unantastbar, wie auch außer Frage stand, dass Gewalt der Friedensbewegung schadete.²⁸⁷ Wer zu Gewalt griff und „mit brennenden Barrikaden und Molotowcocktails gegen Polizisten Menschenleben“ riskierte, konnte „kein Bestandteil der Friedensbewegung sein“, wie selbst der Juso-Bundesvorstand mahnte.²⁸⁸ Blockaden, die friedlich verliefen, galten in Teilen der SPD aber als legitimer Ausdruck von Protest. Der Unterbezirk Bonn rief seine Mitglieder 1983 auf, während der Aktionswoche das Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe und das Entwicklungshilfeministerium friedlich zu blockieren.²⁸⁹ Das letztgenannte Ministerium befand sich aber in direkter Nachbarschaft zum Erich-Ollenhauer-Haus. So machten in der SPD-Zentrale alarmierte Vermerke die Runde. Biermann befürchtete „die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation, falls die Polizei mit einer Beseitigung der Blockade beginnen sollte“.²⁹⁰ Dass sich SPD-Mitglieder vor der Parteizentrale Straßenschlachten mit der Polizei lieferten, war für die SPD-Spitze ein Alptraum. Glotz empfahl dem SPD-Präsidium daher, den Mitarbeitern des Ollenhauer-Hauses freizugeben. Nur wenige, geschulte Referenten sollten „mit den Demonstranten vor dem Haus [...] diskutieren, um so möglichen Ausuferungen der Blockade entgegenzuwirken“.²⁹¹ Auch Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) protestierte scharf dagegen, dass die Bonner SPD die Hardthöhe blockieren wollte. Er sehe in dieser Aktion „einen Akt gegen das Verfassungsorgan Bundeswehr und gegen die Landesverteidigung“.²⁹² Es kam weniger dramatisch. Die Blockaden blieben friedlich, gewalttätige Konfrontationen gab es nicht.²⁹³ Daraufhin schrieb Brandt an Wörner, „der friedfertige Verlauf der sogenannten Aktionswoche“ sei „nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass viele Sozialdemokraten den gewaltfreien Charakter des Protests zu ihrer Sache gemacht haben“.²⁹⁴

Friedlicher Antinachrüstungspötest war für die SPD-Spitze eine unterstützenswerte Sache, während Blockaden nur so weit im Ermessen der Mitglieder lagen, wie sie gewaltfrei blieben. Denn die Delegitimierung von Gewalt funktionierte in der Partei, und die Grenzen, in denen SPD-Mitglieder sprachen und handelten, blieben in dieser Frage unangetastet.²⁹⁵ So verschickte die ASF umfangreiche Papiere, in denen sie die strafrechtlichen Grenzen dieser Aktionen erläuterte. Blockaden verstießen, so hieß es da, gegen den Nötigungspöparagraphen des Strafgesetzbuches und seien nicht von dem im

²⁸⁷ So sagte es Hans-Jochen Vogel in Protokoll der Sitzung des Parteirates am 4. 10. 1983, S. 10, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur.

²⁸⁸ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongreß, 10.-12. 6. 1982, Lahnstein, Resolution „Die Jungsozialisten verurteilen die Ausschreitungen in Berlin anlässlich des Reagan-Besuchs“ [1982], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7586.

²⁸⁹ Aufruf: Blockiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit [1983], AdsD, Bestand AGDF, 9.

²⁹⁰ Biermann an Glotz: Fragwürdige Aktionen am 21. 10. in Bonn (Blockaden), 12. 9. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7366.

²⁹¹ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 17. 10. 1983, S. 4f., AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 230.

²⁹² Wörner an Brandt, 19. 10. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.2, 153.

²⁹³ Vgl. Ministerien blieben „voll arbeitsfähig“, in: *Bonner General-Anzeiger*, 22. 10. 1983; Wolfgang Michal: Formvollendeter könnte es keine Tanzschule. Die symbolische Blockade des Verteidigungsministeriums war ein Spiel mit einstudierten Rollen, in: *Vorwärts*, 27. 10. 1983, S. 7.

²⁹⁴ Brandt an Wörner, 2. 11. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.2, 153.

²⁹⁵ Selbst die Jusos lehnten Gewalt als Kommunikationsmittel einmütig ab. Jungsozialisten Bundeskongreß Oberhausen 26.-27. 3. 83, Vorlage AK-IX „Perspektiven des Friedenskampfes 1983“, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7623.

Grundgesetz garantierten Demonstrationsrecht gedeckt.²⁹⁶ Die Teilnehmerinnen müssten deshalb bedenken, dass sie mit Schadensersatzansprüchen konfrontiert würden und dass eine Verurteilung negative berufliche Folgen haben könnte. Doch von Blockaden abraten wollte die ASF auch nicht. So empfahl sie, bei Aktionen sicherzustellen, dass das Verlassen und Betreten der Einrichtung möglich blieb und dass keine Absperrungen oder Zäune beschädigt würden, dass niemand militärisches Gelände betrat und dass die Blockierer sich nicht unterhakten, wenn die Polizisten sie wegtrugen. Schließlich sollte auch „darauf geachtet werden, daß die Verantwortung kollektiv getragen wird“. Dann nämlich sei die Blockade für den Einzelnen strafrechtlich nur eine Ordnungswidrigkeit und keine Nötigung. Die ASF schlug vor, ein „Netz von Rechtsanwältinnen“ aufzubauen und einen „Rechtshilfefonds“ zu bilden, aus dem Geldbußen bezahlt werden könnten.²⁹⁷

Das vielleicht bekannteste Protestereignis war neben der Bonner Volksversammlung die sogenannte „Prominentenblockade“ des US-Stützpunkts in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd, wo die NATO die ersten Pershing-II-Raketen stationieren wollte. Die Blockade vom 1. bis 3. September 1983 war ein Medienereignis und ein Volksfest, das „aus dem schwäbischen Dörrlein ein politisches Symbol werden ließ“.²⁹⁸ Mutlangen gilt bis heute als ein Code für den zivilen Ungehorsam gegen die Nachrüstung. Vorbereitet durch ein mehrwöchiges „Friedenscamp“,²⁹⁹ sollte die Blockade „symbolisch und mit Nachdruck“ ein Zeichen gegen die geplante Stationierung setzen.³⁰⁰ Der Aufruf, den aus den Reihen der SPD etwa Heinrich Albertz, Erhard Eppler, Günter Grass und Oskar Lafontaine unterschrieben, berief sich auf die US-Friedensbewegung und appellierte „an alle Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften: Soziale Sicherheit und Wettrüsten sind unvereinbar“.³⁰¹ An der Blockade teilzunehmen war in der SPD nun kaum noch umstritten.³⁰² Der Parteivorstand rief die Mitglieder zwar nicht auf, nach Mutlangen zu reisen, aber stellte es in das individuelle Ermessen und die Gewissensentscheidung jedes Einzelnen.³⁰³ In der Tat kamen neben Eppler und Lafontaine viele prominente Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf die Schwäbische Alb, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten Herta Däubler-Gmelin, Renate Schmidt, Heide Simonis, Hans-Ulrich Klose, Freimut Duve, Ott-

²⁹⁶ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Rundbrief zu den Friedensaktionen im Herbst 1983, Juli 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135; auch Küchenhoff: Ziviler Ungehorsam als aktiver Verfassungsschutz. Sitzblockade und Nötigungsstrafe im „heißen Herbst“, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 8. 8. 1983, S. 5–8; Emmerlich: Widerstand, S. 21f.; Ebert: Widerstand, S. 212–216.

²⁹⁷ ASF-Bundesvorstand: Rundbrief, Juli 1983.

²⁹⁸ Tom Strohschneider: Mutlangen: So a Sauerei, di Demaschtranda, in: *Neues Deutschland*, 30./31. 8. 2003; Michal: Mutlangen: In Watte gepackt. Bilder und Szenen aus einer sanften Republik, in: *Vorwärts*, 8. 9. 1983, S. 14f.; Günter Walter: Der Schatten von Sachalin. Kann das Modell Mutlangen die neue Wetterlage überleben?, in: *Vorwärts*, 8. 9. 1983, S. 15.

²⁹⁹ Aufruf zum Friedenscamp in Schwäbisch Gmünd vom 6. 8. bis 4. 9. 1983, undatiert, AdsD, 1/HJVA102579.

³⁰⁰ Gruppe Friedens-Manifest '83: September-Blockade des Raketenstützpunktes Mutlangen bei Schwäbisch-Gmünd, 1. 7. 1983, S. 1, AdsD, 1/HJVA102579.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Als Eppler die SPD-Spitze von seinen Plänen informierte, vermerkte das Sitzungsprotokoll keinen Widerspruch. Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Landes- und Bezirksvorsitzenden am 27. 6. 1983, S. 6, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsekretariat, ohne Signatur.

³⁰³ So Schmude (hs.): [Teilnahme von SPD-MdBs an der Blockade in Mutlangen], undatiert, AdsD, 1/HJVA102579.

mar Schreiner und Robert Antretter.³⁰⁴ Ihr Fraktionskollege Ingomar Hauchler schrieb an Hans-Jochen Vogel, was viele SPD-Mitglieder bewegen haben dürfte, sich an der Blockade zu beteiligen:

„Einmal Gewährleistungen des friedlichen Verlaufes der Demonstrationen, zum anderen ein Zeichen für viele junge Menschen, daß die SPD Verbindung hält zu jenen, die in der Friedensbewegung von ihrem Grundrecht auf Meinungsäußerung und Demonstration Gebrauch machen, wenn vitale Lebensfragen auf dem Spiel stehen.“³⁰⁵

Dass die Blockade friedlich abließ, wertete die SPD-Spitze als Indiz, „daß dies ein akzeptables Modell für weitere friedenspolitische Diskussionen und Aktionen des Herbstes sein könnte“.³⁰⁶

In Mutlangen trafen die Aktivistinnen und Aktivisten auch auf fünf Besucherinnen von der War Resisters League, die auf Einladung von Petra Kelly und den Grünen in Europa weilten.³⁰⁷ Für die Amerikanerinnen war die Friedensbewegung in Westdeutschland durch eine eigene Protestkultur charakterisiert. Ein Reisebericht von Mark Niedergang, der sich im Herbst 1983 ebenfalls in Europa aufhielt, konzedierte anerkennend, wie organisiert und strukturiert die Aktionen in Europa abliefen. Sie würdigen Elemente einer Gegenkultur widerspiegeln, die man so in den Vereinigten Staaten nicht finde. Auf den Protestmärschen werde Musik gespielt, die Demonstranten würden singen und gemeinsam Antikriegsfilme schauen; es gebe Essen und Bier. Jede Demonstration habe ihre eigenen Anstecker, Poster und Flugblätter.³⁰⁸ Niedergang beobachtete auch habituelle Unterschiede zwischen den Friedensbewegungen in Europa und Nordamerika: „Unlike the Freeze Campaign, the peace movement here seems distinctly longhair and young and counter-cultural. It is not only a political, but also a social protest movement.“³⁰⁹

Damit bewies Niedergang das richtige Gespür: Die Friedensaktionen in Westdeutschland wurden von Protestkulturen und Lebensstilen getragen, die ihre eigenen rhetorischen Ankerpunkte, Kleidercodes und populärkulturellen Manifestationen hervorbrachten.³¹⁰ Häufig standen sie in einer Kontinuität zu den Protesten von „1968“.³¹¹ Doch mehr als damals glichen die Friedensfeste des Jahres 1983 einem Protessthappening: Die Angst vor der atomaren Katastrophe war die Ursache, warum Menschen sich versammelten – doch die Zusammenkünfte selbst brachten eine ganz eigene soziale Kraft hervor. Sicherlich tritt man dem Anliegen der Bewegung nicht zu nahe, wenn man feststellt, dass die Friedensfeste im Herbst 1983 bei allen apokalyptischen Endzeitprognosen auch einem ureigenen menschlichen Bedürfnis dienen: dem Spaß und der Freude an Geselligkeit. Zwischen der ernststen Weltuntergangsstimmung und dem gelösten Volksfestcharakter lag

³⁰⁴ Siehe die zahlreichen Briefe an Hans-Jochen Vogel, in denen Abgeordnete vorwiegend der Partei linken ankündigten, nach Mutlangen reisen zu wollen. AdsD, 1/HJVA102579.

³⁰⁵ Hauchler an Vogel, 30. 8. 1983, AdsD, 1/HJVA102579.

³⁰⁶ SPD-Pressemitteilung, Nr. 539/83, 7. 9. 1983; Protokoll der Fraktionssitzung am 6. 9. 1983, 22. 9. 1983, S. 9, AdsD, Bestand SPD-BTF, X. WP, 2/BTFJ000010; Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 5. September 1983, S. 4, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 227.

³⁰⁷ Vgl. Dorie Wilsnack an die WRI West German Sections (hs.), 4. 8. 1983, SCPC, War Resisters League Records (DG 040), Acc. 10A-094, b 4, f Germany.

³⁰⁸ Mark Niedergang an Karin Fierke/Barbara Roche/Randy Kehler (hs.), 11. 4. [1983], S. 2; WHMC, sa1039 NNWFC Addenda, Accession 6/20/94, b 1, f European Movement.

³⁰⁹ Ebenda, S. 4.

³¹⁰ Dazu einführend Reichardt/Siegfried: Milieu.

³¹¹ Vgl. dazu Fahlenbrach: Protestinszenierungen; Kraus: Theaterproteste; Siegfried: Time Is on My Side.

eine seltsame Spannung. Was banal klingen mag, beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand und eine Haltung, die keinesfalls auf eine Generation beschränkt blieb. Dieses Lebensgefühl der Protestgemeinschaft, das die Aktionen gegen die Nachrüstung prägte, gelangte auch in die Sozialdemokratie. Dort erfasste es insbesondere die Jusos, die ASF und viele Ortsvereine. Wer an Aktionen der Friedensbewegung teilnahm, konnte sich selten der soziokulturellen Dynamik entziehen, die den Protest trug.³¹²

Inwieweit sich sozialdemokratische Protestformen von jenen der nicht parteigebundenen Friedensbewegung unterschieden, ist schwierig zu bemessen, suggeriert die Frage doch eine Trennung, die es zumindest an der Basis häufig nicht gab. Leichter fällt es dagegen, die Frage zu beantworten, was von den neuen Praktiken geblieben ist: Sozialdemokraten erweiterten ihr Handlungs- und Symbolrepertoire, aber sie taten dies innerhalb ihres in langjähriger Parteiarbeit geschulten Horizonts. Auch wenn sie sich in der Friedensbewegung engagierten, blieben Straßendemonstrationen, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen der Weg, wie sie ihren Dissens bevorzugt äußerten. Eingeübte Handlungsmuster änderten sich nur langsam und nach konflikträchtigen Aushandlungsprozessen, aber die Akzeptanz neuer Praktiken stieg in dem Maße, wie jüngere und weibliche Mitglieder den Schulterschluss mit der Bewegung suchten. Während neue Ideen in die SPD gelangten, speisten umgekehrt Ortsvereine, Jusos und die ASF die beachtliche Organisationsfähigkeit der Sozialdemokratie in die Friedensbewegung ein. So profitierten beide Seiten von dem Schulterschluss, den sie 1983 vollzogen. Die Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD sprengten die Grenzen auf, die ihre Partei von den außerparlamentarischen Initiativen trennten. „Partei“ als Vergemeinschaftungs- und Lebensform funktionierte für sie kaum mehr, denn die Bewegung war viel attraktiver. Dabei hatte der Phantasie Reichtum, der für die Aktionen und Embleme der Friedensaktivisten kennzeichnend war, seine Ursache im Konflikt selbst. Weil die atomare Bedrohung für die Zeitgenossen existentielle Dimensionen hatte, war auch die Art und Weise, wie sie politischen Dissens äußerten, in einem Maß originell, das andere Streitfragen in den Schatten stellte. Und dieser Einfallsreichtum war nur schwer wiederholbar. So singulär der Nachrüstungsstreit gesamtgesellschaftlich war, so einmalig waren die Formen, mit denen die Zeitgenossen ihn austrugen.

Im Streit um die Atomraketen machten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Partei zur Gesellschaft hin durchlässiger, entfalteten eine rege Reisediplomatie nach Ost und West, die buchstäblich Grenzen überschritt, dezentralisierten das Wissensmonopol der Partielite und pluralisierten ihre Ausdrucksweisen. Kurz, das binäre Denken verlor in ihrem Milieu an strukturbildender Kraft. Die Transzendierung von klaren Rahmenseetzungen und der Formwandel von Politik, der damit einherging, waren Charakteristika des Nachrüstungsdiskurses in der SPD. Diese Prozesse resultierten daraus, dass der Kalte Krieg in weiten Teilen der Sozialdemokratie als Referenzrahmen ausgedient hatte. Seine Erosion war Ursache und Symptom eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses der Partei, in dem Grenzen für individuelles und kollektives Handeln im Gefolge soziokultureller Transformationen an Bedeutung verloren. Das hatte auch Konsequenzen für die Frage, wie die SPD das Politische definierte.

³¹² Dieser Vorgang wird als Habitualisierung von Protest bezeichnet, vgl. Fahlenbrach/Stapane: Strategien, S. 230.